

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 5. Mai. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Dem Kaiserlich österreichischen Sektionsrat und Abteilungs-Direktoren im Finanz-Ministerium, Steinitz, den Roten Adler-Orden dritter Klasse, so im Kreisgerichts-Rath Greulich zu Bunzlau und dem Kaufmann und Fabrikör Julius Ernst Wilhelm Hoffmann zu Berlin den Roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleben.

Abgesehen: Der Kammerherr, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königlich schwedischen Hofe, Graf von Orlolla, nach Köln, und der Kammerherr und General-Intendant der Königlichen Schauspiele, von Hülsen, nach Darmstadt.

Nr. 109 des St. Anz.'s enthält Seitens des I. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten den Vertrag zwischen Preußen und Österreich, betr. die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Neubrunn und Oświecim, so wie zwischen Dzierzgoz und einem in der Gegend von Nicolai belegenen Punkte der Krakau-Kattowitzer Bahn; vom 23. Februar 1861.

Bei der heute fortgefeierten Ziehung der 4. Klasse 123, Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 20,000 Thlr. auf Nr. 9582. 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 48,163. 5 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 1816, 41,029, 51,694, 67,843 und 79,323.

35 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 64, 1799, 7651, 10,601, 11,187, 15,070, 16,235, 16,428, 19,624, 20,158, 26,097, 30,204, 31,674, 35,232, 38,564, 38,715, 38,875, 40,457, 51,558, 51,956, 58,333, 61,899, 63,830, 65,463, 66,985, 70,115, 71,965, 72,099, 79,659, 81,746, 83,445, 88,875, 89,024, 90,280 und 91,782.

65 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 181, 3062, 3204, 4380, 6993, 7921, 8091, 8151, 12,085, 12,759, 13,023, 16,377, 17,160, 17,839, 19,137, 19,800, 22,314, 23,958, 24,138, 27,565, 32,764, 32,885, 32,887, 33,802, 35,285, 36,065, 38,555, 38,653, 42,152, 44,912, 45,331, 45,498, 51,011, 51,274, 51,751, 52,155, 52,754, 53,279, 54,787, 62,740, 63,639, 64,257, 66,970, 69,259, 69,920, 69,964, 70,099, 71,583, 74,631, 74,807, 74,835, 74,904, 75,811, 76,520, 78,173, 78,251, 78,425, 81,507, 81,600, 86,648, 89,745, 90,530, 91,092, 91,928 und 94,027.

79 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 643, 1370, 1529, 2046, 2879, 2940, 3093, 3779, 4034, 5225, 8897, 9113, 9982, 10,643, 10,825, 11,450, 14,144, 14,186, 16,390, 16,979, 17,609, 18,939, 21,383, 24,939, 25,756, 26,583, 29,716, 36,072, 36,557, 39,521, 40,039, 41,217, 41,396, 41,604, 42,390, 44,654, 45,996, 46,860, 48,109, 50,253, 51,298, 52,609, 52,977, 53,779, 54,869, 55,615, 58,605, 60,417, 62,517, 64,781, 65,348, 65,592, 66,661, 67,312, 69,925, 70,029, 70,089, 70,341, 70,602, 71,194, 71,500, 71,768, 74,970, 78,014, 76,489, 77,445, 80,140, 81,665, 81,857, 82,364, 82,850, 84,142, 84,517, 84,769, 86,624, 89,431, 93,371, 93,562 und 94,851.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Sonntag 5. Mai. Der Vizekanzler hat in der Rossuthschen Banknoten-Angelegenheit zu Gunsten des Kaisers von Österreich entschieden und angeordnet, daß die Noten binnen vier Wochen an den Kaiser auszuliefern seien. Es ist gegen das Urtheil Appellation angekündigt worden.

Kattaro, Sonnabend 4. Mai. Nach einer hier eingegangenen Meldung der europäischen Konsularvertreter aus Nikosia vom 28. d. M. haben die Insurgenten eine unterm 25. mit den Konsularvertretern getroffene Uebereinkunft am 27. berrührerisch gebrochen. Der Vortrag eines von Kristaz nach Nikosia gehenden Lebensmittel-Konvois, aus 60 einheimischen muselmännischen Irregulären bestehend, wurde im Dejile von Douga überfallen und niedergemacht. Ein von den Konsularvertretern in Nikosia an den türkischen Kommandanten von Kristaz, Mahmud Bey, wegen des Lebensmittel-Konvois gesandter Bote wurde von den Insurgenten des betreffenden 27. berrührerisch beraubt und der letztere von den Häuptlingen der Insurgenten schnöde beantwortet. Die Konsularvertreter Cingria, Moreau, Bohral und Besobrasoff blieben im bedrohten Nikosia und meldeten den Vorfall den in Gettinje befindlichen Konsuln.

(Eingeg. 6. Mai 9 Uhr 40 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 5. Mai. [Vom Hofe; Tagesrichten.] Der König hat gestern Vormittag, wie schon gemeldet, auf dem Tempelhofer Felde das Garde-Schützen-Bataillon und das Kaiser-Franz-Grenadier-Regiment besichtigt, kehrte etwa halb 1 Uhr vom Exerzierplatz mit den Prinzen zur Stadt zurück und nahm darauf die Vorträge der Geheimräthe Illaire und Costenoble und der General-Adjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben entgegen. Nach dem Empfang mehrerer Offiziere konferierte der König mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Minister v. Auerswald, die zuvor der Plenarsitzung im Herrenhause beigewohnt hatten. Abends war im königlichen Palais Theegeellschaft, in welcher der Kronprinz mit Gemahlin, der Fürst von Hohenzollern und die meisten fürstlichen Mitglieder des Herrenhauses erschienen. Auch der Kronprinz war gestern Mittag im Herrenhause anwesend, nachdem er vorher eine Besprechung mit dem Staatsminister gehabt hatte. Heute Vormittag halb 10 Uhr fuhr der König und die Königin nach Potsdam. Außer den Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses befand sich auch in ihrer Begleitung der Großadjutanten Major v. Herzberg und dem Premierlieutenant v. Lützow von Mecklenburg-Schwerin, welcher am Morgen mit dem Flügeladjutanten Major v. Herzberg und dem Premierlieutenant v. Lützow von Neu-Ruppiner hier eingetroffen war. Die hohen Herrschaften wohnten in Potsdam dem Gottesdienste in der Hof- und Garnisonkirche bei und nach demselben fand im Lustgarten Kirchenparade statt, zu welcher das 1. Garderegiment zu Fuß befohlen war. Der König erschien dabei in der Umgebung des Kronprinzen, des Groß-

herzogs von Mecklenburg-Schwerin, der Prinzen Karl, Friedrich Karl, der beiden Prinzen Albrecht, des Prinzen August von Württemberg, des Fürsten von Hohenzollern, des Erbprinzen von Reuß-Schleiz, des Generalfeldmarschalls v. Wrangel, des Generals v. Schlesmühler, v. Willisen, v. Moltke, v. Alvensleben und v. Manteuffel und des englischen Militärbevollmächtigten Colonel Hamilton. Die Königin, die Frau Kronprinzessin und die Prinzessin Friedrich Karl sahen dem militärischen Schauspiel von den Eckenstern des Stadtschlosses aus zu. Nach beendigter Parade fuhren der König, die Königin und die übrigen Mitglieder der königlichen Familie, so wie der Prinz August von Württemberg, der Fürst von Hohenzollern, der Erbprinz von Reuß-Schleiz und der Generalfeldmarschall v. Wrangel nach Schloß Sanssouci und machten der Königin-Wittwe einen Besuch. Um 1 Uhr fand im Stadtschloss ein Dejeuner dinatoire statt, zu welchem auch das Offizierkorps des 1. Garderegiments, unter ihnen die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen und der Erbprinz von Hohenzollern, geladen waren, und kehrten nach Aufhebung der Tafel die Alerhöchsten und Höchsten Herrschaften von Potsdam hierher zurück. Abends erschien der König und die Königin mit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, dem Prinzen und der Prinzessin Karl, der Frau Prinzessin Friedrich Karl u. in der Oper und nahmen alsdann zusammen den Thee ein. Morgen Vormittag halb 10 Uhr wird der König auf dem Tempelhofer Felde das 4. Garderegiment besichtigen. — Die Minister v. Auerswald und v. Schleinitz begaben sich heute Nachmittag 3 Uhr ins königliche Palais und hielten dem Könige Vortrag; gleich darauf erschien auch der Finanzminister v. Patow. Um 5 Uhr war bei dem Minister v. Schleinitz Diner, an welchem die sämtlichen Minister, der Präsident des Herrenhauses, Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, und einige 20 Mitglieder dieses Hauses teilnahmen. Im Herrenhause herrschte gegenwärtig über dem Gang der Verhandlungen in der Grundsteuerfrage eine große Verstimmung; die Gegner der Frage machen die Wahrnehmung, daß ihre Zahl täglich kleiner wird. Auch der General Graf v. d. Groeben, der sich für die Ablehnung des Gesetzentwurfs ausgesprochen hatte und von seinem Gute Neudörflchen hier eingetroffen war, um gegen die Steuer zu stimmen, fehlt jetzt in der Versammlung. — Im Abgeordnetenhaus wird morgen der Minister v. Schleinitz auf die Interpellation des Abg. v. Winckle, die Macdonald'sche Affäre betreffend, antworten. Das Publikum scheint etwas Vakantes zu erwarten, denn heute waren schon keine Eintrittskarten zu den Tribünen mehr zu haben. — Morgen kommen der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg zum Besuch an den Hof.

[Die kirchliche Weihe der Fahnen.] In Folge eines Vorfalles, bei dem ein Verein ehemaliger Waffengefährten am 17. November v. J. eine mit Alerhöchster Genehmigung angeschaffte Fahne hat kirchlich einzweißen lassen, ist, dem "Pr. V." zufolge, unterm 30. v. M. eine Alerhöchste Ordre an den Minister des Innern erlassen, die mit den Worten schließt: "Wie ich bereits in meiner Ordre vom 4. Dezember v. J. ausgesprochen, sollen eine kirchliche Weihe nur die Fahnen meiner Arme erhalten, denen als Panier des Kriegsherrn militärische Honneurs erwiesen werden und an deren Vertheidigung bis in den Tod den Soldaten Eid und Ehre binden. Sie, der Minister des Innern, haben, dem Bericht vom 26. Februar v. J. entsprechend, Veranstaltung zu treffen, daß eine kirchliche Einweihung der an Vereine, Schützen-gilden u. s. w. verliehenen oder von ihnen beschafften Fahnen nicht mehr stattfindet."

[Der Fahneneid der Israeliten.] Der Rabbiner Philippson und eine Anzahl anderer Rabbiner hatten sich unmittelbar an Se. Maj. den König als obersten Kriegsherrn mit der Bitte um Abänderung des Fahneneddes der jüdischen Soldaten gewandt. Darauf ist nach der "A. B. d. J." folgende Bescheid ergangen: "Ihre Immediatvorstellung vom 22. Februar d. J., betreffend die anderweitige Formulierung des Fahneneddes für die Soldaten mosaischen Glaubens, haben Se. Maj. der König nach gehaltenem Vortrage dem Kriegsministerium mit dem Auftrage zu überweisen geruht, Ihnen in Erwiderung auf obige Eingabe zu eröffnen, daß die bezügliche Angelegenheit geregelt werden würde, sobald das gegenwärtig dem Landtag zur Berathung vorliegende Gesetz über die gerichtlichen Eide der Juden perfekt geworden sei. Der diesjährige Alerhöchste Auftrag findet durch vorstehende Mittheilung seine Erledigung. Berlin, 10. April 1861. Kriegsministerium. Allgemeines Kriegsdepartement. v. Alvensleben."

Das Gesetz über die Beseitigung des Unterschiedes zwischen den gerichtlichen Eiden der Juden und Christen ist nun mittlerweile vom Herrenhause abgelehnt worden.

[Neue Instruktion für die Berliner Schuhmannschaft.] Die "Ger. 3." meldet: Der Polizeipräsident v. Beditz hat so eben eine neue Instruktion erlassen, welche eine neue Vertheilung der Dienstfunktionen bei den Oberoffizieren der Schuhmannschaft enthält. Nach dieser Instruktion sind dem Polizeioberst Paske alle seine bisherigen Funktionen, auch das Kommando der reitenden Schuhmannschaft abgenommen worden und ist ihm allein die Disziplin über die Schuhmannschaft belassen. Die sonstigen bisherigen Funktionen des Obersten der Schuhmannschaft, namentlich das Kommando an diesem oder jenem Orte und die Ertheilung dienstlicher Aufträge hat der älteste Hauptmann von nun an zu besorgen.

[Reformen im Königreich Polen.] Die "N. P. 3." schreibt: Die Nachrichten aus Polen lassen vermuten, daß die russische Regierung sich durch die Warschauer Erzesse nicht wird abhalten lassen, mehrere längst vorbereitete Verbesserungen in der Lage der bürgerlichen Bevölkerung, im Schulwesen und der Administration einzuführen. Eine Reform aber, die vor Allem Noth thut,

Inserate
(1½ Sgr. für die fünfgespannte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

d. h. die Änderung des Zolltariffs und Abschaffung mehrerer für den Handel höchst lästiger Zollvorschriften, lädt noch immer vergeblich auf sich hoffen. Wie sehr die Regierung sich durch dieses hartnäckige Beharren auf dem Prohibitionsystem und den Ausnahmemaßregeln gegen den preußischen Handel in der Meinung desjenigen Theils der Bevölkerung des Königreichs Polen geschadet hat, der ihr in Zeiten politischer Verwirrungen die vorzüglichste Stütze zu gewähren im Stande ist, das haben die jüngst vergangenen Wochen deutlich gezeigt. Die gewerbreibende deutsche und polnische Bevölkerung, so schwere Verluste die Lockerung der öffentlichen Ordnung und die Erhöhung des Vertrauens auf die Regierung ihr auch bereiteten, verbietet sich gegenüber der Agitation des Adels meist passiv oder leistete dem Andrängen dieses letztern nur geringen Widerstand, weil sie in ihren Interessen von der Regierung sich wenig geschützt fühlt. Die Juden in den kleinen Städten und auf dem Lande „muhten mit den Wölfen heulen“. Die Großhändler und Kaufleute aber ließen sich von der Bewegung nicht ungern fortziehen, nicht etwa aus Sympathie für die politischen Gedanken, sondern aus materiellen Rücksichten. Eine Reform des Zolltarifs im liberalen Sinne würde der russischen Regierung finanziell, aber in und außerhalb Polens auch moralisch nützlich sein.

Danzig, 4. Mai. [Die "Ida."] Telegraphischer Nachricht zufolge hat das Transportschiff "Ida" gestern Neapel verlassen und geht zuvorüber nach Cardiff, um von dort eine Ladung Kohlen für unsere Marine hierherzubringen. (D. 3.)

[Ostreich.] Wien, 3. Mai. [Tagesbericht.] Die Anwesenheit des Baron Bay bei den Ceremonien in der Hofburg hat eine vollständige Geschichte. Der Freiherr hatte die ungarnischen Hofräthe um dieselbe Stunde, in welcher der Kaiser die Thronrede verlesen sollte, zu einer Konferenz in die Hofställe berufen; noch am Dienstag Nachmittag weigerte er sich, zu erscheinen. Es ist ihm im Laufe des vorgestrigen Morgens das Ultimatum gestellt ward: seine Entlassung zu nehmen oder der Feierlichkeit beizuwollen, entschied er sich für das Letztere. Dessenungeachtet war er bei dem Teedeum in der Stephanskirche nicht zugegen. — Der Maros-Basarhelyer Komitatsausschuß hat den Antrag des Grafen Stephanus Rhedey, Niemand zu wählen, der während der jüngsten 11 Jahre unter dem Bachschen Systeme ein Amt bekleidete, als eine Beschränkung des Wahlrechts abgelehnt. — Vorgestern wurden in Pesth die königliche Kurie und das neuorganisierte Pesther Webselgericht feierlich eröffnet. Aus diesem Anlaß fanden kirchliche Feierlichkeiten statt. — In den letzten Tagen haben an mehreren Orten Ungarns Steuerverweigerungen stattgefunden, welche z. B. in Groß-Beckerei militärische Exekutionen zur Folge hatten. — Die "Crest. Blg." schreibt: "Die Unsicherheit der politischen Verhältnisse wirkt in sehr nachtheiliger Weise auf die nationale Schiffahrt. Man kann dies aus den Klagen der österreichischen Schiffer und Kapitäne entnehmen, welche ziemlich allgemein berichten, daß österreichische Schiffe in fremden Häfen oft nur mit Mühe Fracht erhalten, da sich vielfach Besorgnisse für die Sicherheit der österreichischen Flagge geltend machen." — Der Gemeinderath von Görz hat mit 30 gegen 3 Stimmen den ehemaligen Redakteur des "Görzer Journals", Favetti, zum Bürgermeister gewählt. — Die "Ost. Post" schreibt: Die Mitglieder des Beirathes der Hofoperdirektion, Dr. Eduard Hanslik und v. Sonnenleithner, haben ihre Entlassung genommen. Es beweist dies, daß Direktor Salvi für den Rath einsichts- und geschmackvoller Fachmänner nicht sehr zugänglich scheint und daß für die nächste Zeit die "artistische" Leitung der Hofoper keine für die Kunst erfreuliche zu werden verspricht. Herrn Salvi ist nicht zu raten, dem Institute also für jetzt nicht zu helfen. (Wo sind denn die Theaterdirektoren, die von ersten ästhetischen Kritik Rath annehmen mögen?) — Im Hunyader Komitat, in der Ortschaft Kis-P. . . . wurde, wie man dem "Kol. Köz." schreibt, ein 40—50jähriges Weib als der Hexerei verdächtig vom gr.-n.-u. Geistlichen und dem Ortsvorsteher mit einem glühenden Eisen am Halse gebrandmarkt. Sie sollte dadurch ihre Fähigkeit Feuer zu speien und zu hetzen verlieren. — Eine große Wohlthat für die in Serbien Reisenden wird die soeben publizierte Verordnung über die Gasthäuser sein. Jedes Gasthaus, und diese sind nach der Größe in drei Klassen eingeteilt, muß die nothwendigen Lokalitäten, reine Betten und Wäsche und gut bereitete Speisen und Getränke vorrätig haben. Die schon bestehenden Gasthäuser müssen diesen Anordnungen binnen vier Jahren entsprechen und werden im Übertretungsfalle geschlossen.

[Haus der Abgeordneten.] In der zweiten Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 2. d. war das, was nicht auf der Tagesordnung stand, ungleich wichtiger, als die Tagesordnung selbst. Diese hatte die Wahl der Schriftführer, der Ordner des Hauses und die Bildung der Sektionen angelegt. Bevor aber zu dem Wahlgeschäft gekommen wurde, machte der Präsident Mittheilung von mehreren Anträgen, die ihm zugekommen waren. Zuerst ein Antrag von Dr. Mühlfeld und 26 Genossen, dahin gehend, es möge ein Ausschuß niedergefest werden, der zu berichten habe, ob die oktohrierte Geschäftsordnung nicht einer Revision zu unterziehen sei; dem gegenüber steht ein anderer Antrag, ausgehend von Dr. Herbst, der nur die Abänderung von zwei einzelnen Punkten der Geschäftsordnung begeht, im Übrigen die Annahme derselben en bloc beantragt. Die Antwortadresse auf die Thronrede wird von drei verschiedenen Seiten, von Dr. Gisela, Baron Pillersdorf und Dr. Brauner beantragt. Endlich, und das ist das Bedeutsamste der Sitzung, liest der Präsident eine von Dr. Mühlfeld, Dr. Gisela und Genossen an das Staatsministerium gerichtete Interpellation, welche, in Erwägung, daß die Thronrede die baldige Vertretung Ungarns im Reichsrathe in Aussicht gestellt, in fernerer Er-

wägung, daß der Reichsrath bis zu seiner Ver vollständigung sich nicht als Gesamtvertretung betrachten und an die Lösung der ihm obliegenden Aufgaben schreiten kann, von dem Staatsministerium dreierlei zu wissen begeht: 1) Welche Maßregel die Regierung getroffen habe, um die Beschiebung des Reichsraths durch Ungarn und seine Nebenländer zu veranlassen. 2) In welchem Zeitpunkt die Ernennung der ungarischen Mitglieder für das Herrenhaus erfolgen werde. 3) Was überhaupt geschehen sei, um die ungarische Frage zur endlichen Regelung zu bringen. Da die Interpellation erst wenige Minuten vor Beginn der Sitzung überreicht worden war, so verlangte der Staatsminister, dieselbe möge ihm nochmals überreicht werden, damit er bis zur nächsten Sitzung darüber entscheiden könne, wie er dieselbe und ob er sie überhaupt zu beantworten gedenke. Dieses Begehrten wurde übrigens vom Staatsminister an den Präsidenten in auffallend unparlamentarischem Tone gerichtet; man meinte, einen Bürauch zu einem untergeordneten Beamten sprechen zu hören.

— [Der Reichsrath und Ungarn.] Die „Ostd. Post“ sagt: „Wir sind weit entfernt davon, Ungarn verleihen zu wollen; aber das Recht, zu begehrn, daß man ihm klaren Wein einschenke, wird man auch auf der andern Seite der Leine dem Reichsrath schwerlich bestreiten. Und jedenfalls fängt in der Politik die Nächstenliebe vor der eigenen Thüre an; nur Narren oder Bosswillige können wünschen, daß wir die Schenke, den Magyaren zu nahe zu treten, bis zur Entäußerung unserer Würde treiben. An dem Staatsminister wird es daher sein, durch eine präzise Beantwortung der Mühlfeld'schen Interpellation (s. oben) die Lücke auszufüllen, die wir in der Thronrede am meisten beklagen, obschon wir einsehen, daß sie dort fast unvermeidlich war. Eine Erklärung aus dem Munde des Herrn v. Schmerling aber ist kein Ultimatum und braucht den Verlauf der etwa in der Schwere befindlichen Handlungen nicht zu alterieren. Erleichtert aber wird dem Staatsminister ein offenes Aussprechen noch besonders durch die mehr als feindselige Art, in der die ungarischen Blätter die kaiserlichen Worte schon heute kritisieren. Die Nation weiß jetzt, was sie zu hoffen hat.“ rast „Mag. Oszg.“ aus; und „Mag. Sajo“ fügt halb ironisch, halb drohend hinzu: „Noch bestehen die großen europäischen Konstellationen fort, welche den Zentralisten auch fernerhin Schach bieten werden!“ (!!)

— [Der bevorstehende Konflikt in Ungarn.] Der Schwerpunkt der Thronrede betrifft Ungarn. Darüber herrscht kein Zweifel mehr, daß die Regierung und der Kaiser einen festen und unbeugsamen Entschluß gesetzt haben, die Zustände dieses Kronlandes im Sinne der Staatseinheit zu ordnen. Es sind Worte gesunken, deren Bedeutung in Ungarn alle verstehen werden, die überhaupt etwas verstehen wollen. Man begreift es nun, weshalb man nicht um kleiner Vorfälle halber mit den Komitaten rechtfertigt und feilscht, weshalb man es ruhig hingehen läßt, und weshalb die ungarischen Minister, der Primas und andere Würdenträger zu einer Nachgiebigkeit antrüben, die kaum mit der Autorität der Krone zu vereinbaren wäre. Man unterordnett alle diese Angelegenheiten dem Hauptzweck, vor dem Reichsrath die Staatseinheit zur Entscheidung zu bringen. Die Vertreter der deutschen und slavischen Provinzen werden nun die Mittel angeben und gewähren müssen, um der von den Magyaren angestrebten Zerstörung der Monarchie zu steuern. Niemand glaubt, daß es die Magyaren zum offenen Aufstande treiben, um die Pünktchen der historischen Rechte zu behaupten; selbst die Ultras fühlen sich vereinzelt, sobald sie diese Bahn betreten. Man vermutet, daß die Majorität des Pesther Landtages entweder einen Protest an den Kaiser, oder da sie den Kaiser nicht als König, weil noch ungekrönt, anerkennen, ein Manifest an das Volk richten wird, um ihre Verbarten auf dem Standpunkte von 1848 zu deklariren. Hiermit wäre der passive Widerstand gegen jeden Versuch der Einigung eingeleitet, und es bliebe der Regierung kein anderer Weg als der Appell an das Volk. Darauf ist man vorbereitet. Die Auflösung des Pesther Landtags würde einem solchen Vorgehen der magyarischen Deputirten unmittelbar auf den Fuß folgen; gleichzeitig aber auch die Berufung der erblichen und lebenslänglich ernannten Reichsräthe für das Herrenhaus in Wien, und die direkten Wahlverordnungen an die Komitate und Städte für das Abgeordnetenhaus. Wenn nicht alle Angeichen trügen, sind Kroaten und Siebenbürgen bereit, dem Hause nach Wien, wenn ihnen gewisse Konzessionen zuerkannt sind, nachzukommen; und zu Konzessionen ist man hier sehr geneigt, um zur Konstituierung des Reichsparlaments zu gelangen. (N. 3.)

Wien, 4. Mai. [Die ungarische Frage.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Staatsminister v. Schmerling, er werde die vorgestern gestellte Interpellation in Betreff Ungarns (s. oben) beantworten; er behalte sich jedoch die Bestimmung über den Tag der Beantwortung vor. Er werde indessen auch im Adreßausschuß erscheinen, um die erforderlichen Aufschlüsse über diese Frage zu ertheilen.

Bayern. München, 4. Mai. [Vom Reichsrath.] Hinsichtlich der kurfürstlichen Frage beantragt der Ausschuß des Reichsraths folgende Resolution: „Obgleich in dem Beschlusse der deutschen Bundesversammlung vom 27. März 1852, die kurfürstliche Verfassungsangelegenheit betreffend, der Art. 56 der Wiener Schlüsse von 1820 außer Acht gelassen wurde und hierdurch gegründete Befürchtungen für den Rechtsbestand aller deutschen Verfassungen entstanden sind, findet die Kammer der Reichsräthe in Erwägung, daß jetzt in allen deutschen Staaten konstitutionelle Regierungen bestehen, ähnliche Rechtsverletzungen daher nicht mehr zu befürchten sind, die Einlegung einer Verwahrung gegen obigen Bundesbeschluß nicht für nötig und beschließt aus diesem Motive, zur Tagesordnung überzugehen.“ In der heutigen Sitzung der Reichsrathskammer hatte die Beratung über diese Frage nur ein negatives Resultat, weil bei den Abstimmungen alle Anträge, selbst die motivirte Tagesordnung, verworfen wurden.

Großbritannien und Irland.

London, 2. Mai. [Lord J. Russell und der deutsch-dänische Konflikt.] Dem „Morning Herald“ wird von seinem Kopenhagener Korrespondenten geschrieben: „Die Rede, in welcher Lord John Russell am 12. April im Parlament Herrn Baillie's Interpellation beantwortet, hat hier einen schlechten Eindruck gemacht, und die Überzeugung herrscht vor, daß der edle Lord die deutsch-dänische Verwickelung nicht versteht oder nicht versteht will. Nachdem er gesagt, daß beide Theile im Unrecht seien, fügte er hin-

zu, daß Dänemark zu Ende des Jahres 1860, die Initiative ergriffen, einen Lösungsvorschlag gemacht und dem Berliner Hofe habe vorlegen lassen, während klar bewiesen ist, daß es Lord John Russell selbst war, der den Anfang mache und die dänische Regierung ersucht, einen Abriß ihrer Vorschläge zu entwerfen. Die Regierung hier beeilte sich, dem Wunsch des edlen Lords nachzukommen, der seinerseits dieselben Vorschläge ohne Wissen der dänischen Regierung nach Berlin sandte, und die Folge war, daß sie vom preußischen Kabinett förmlich verworfen wurden, was, wie leicht zu denken, die Lage noch mehr verwickelte, indem es jede neue direkte Unterhandlung unmöglich machte.“

London, 4. Mai. [Telegramm.] Beide Häuser des Parlaments empfingen gestern die Anzeige von der Verlobung der Prinzessin Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen und votierten eine Loyalitätsadresse. Im Unterhause beantragte Lord Palmerston die bereits erwähnten Geschäftsordnungsänderungen, und dieselben wurden im Wesentlichen angenommen. Lord Russell erklärte als Antwort auf verschiedene Interpellationen, er bedauere Polen, doch könne England den Polen nicht helfen. Neapel sei ruhig, aber entlassene Soldaten und Hofintrigen aus Rom stifteten Unruhen. Was Dänemark betreffe, so sei England mit andern Mächten bemüht, Vermittlungsvorschläge zu machen, welche hoffentlich die Streitfrage erledigen würden. — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,307,305, der Metallvorrath 12,838,648 Pf. St. — Hier eingetroffene Nachrichten aus New York vom 25. v. Ms. melden, daß sowohl die telegraphische wie die Postverbindung zwischen New York und Washington unterbrochen sei. Es standen 6000 Mann südl. Truppen in der Nähe von Washington und man erwartete daselbst einen Angriff.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. [Die Reise des Prinzen Napoleon; Diplomatisches; zur syrischen und italienischen Frage; Ausstellung; die „Patrie“.] Die Reise des Prinzen Napoleon nach Genf war bekanntlich schon beschlossen, ehe die Broschüre des Herzogs von Aumale erschien. In Folge des Drängens der öffentlichen Meinung, welche durchaus den Skandal eines Duells haben wollte, unterblieb dieselbe, und schließlich hatte man sie ganz und gar vergessen. Mit der Nachricht, daß der Prinz in der That am Mittwoch Abend Paris verlassen habe, um sein am Genfer See belegenes Gut zu besichtigen, taucht auch wieder das Gericht auf, welches ihn heimlich nach Turin reisen läßt, um dort mit seinem Schwiegervater eine Unterredung zu haben. Über die Zeit seiner Rückkehr erfahre ich, daß der Prinz in den ersten Tagen der nächsten Woche wieder in Paris eintreffen werde, da er nicht gewünscht, während der Verhandlung über die Flugschrift des Herzogs von Aumale hier anwesend zu sein. — Ich glaube Ihnen mitgetheilt zu haben, daß man hier die Verhandlungen mit Turin über die Rückkehr der französischen Truppen als gescheitert ansieht; diese Nachricht wird nun auch von Italien aus bestätigt. Dagegen vernehme ich aus guter Quelle, daß man ernstlich daran denkt, auch offiziell die diplomatische Vertretung in Turin wieder herzustellen. Man nennt mir die französischen Gefandten in Konstantinopel, Marquis von Lavalette, als für den Botschafterposten am Hofe Victor Emanuels ausersehen. Wer den italienischen Posten hier einnehmen wird, ist noch nicht bestimmt; man hofft auf die Rückkehr des Ritters Nigra, welcher nach seiner Abberufung bekanntlich ein Portefeuille in Neapel übernahm. Die Versetzung des Marquis von Lavalette würde mehrfache Veränderungen in der französischen Diplomatie nach sich ziehen; man sagt, der Prinz von Latour d'Auvergne, augenblicklich in Berlin, werde ihn in Konstantinopel ersetzen, während der Baron Talleyrand, bis zum Oktober v. J. in Turin, an den preußischen Hof gefandt wird. — Die Journale beschäftigen sich vorsätzlich mit der syrischen Frage. Während unter ihnen eine seltene Einstimigkeit herrscht und sie sämtlich das Verbleiben der Truppen in Syrien fordern, scheint die französische Regierung doch auf einen ernsten Widerstand bei den Großmächten gestoßen zu sein, und ihre Einwilligung wenn nicht zur vollständigen Abberufung, doch zu einer bedeutenden Reduktion seiner Truppen gegeben zu haben. Über diesen letzten Punkt gehen die Ansichten auseinander; nach der Meinung der einen ist dem Wunsch des englischen Kabinetts nachgegeben worden, welches die vollständige Räumung verlangt; nach Anderen werden 1100 Franzosen und 500 Engländer die Interessen der Christen wahnehmen. Von besonderer Bedeutung ist die Nachricht, daß das Kaimakamat in den Händen der Maroniten bleibt, während die griechischen Bewohner unter die Jurisdiktion des russischen, die Drusen unter jene des englischen Konsulats in Beirut gestellt werden. Im Allgemeinen zweifelt man nicht, daß diese Angelegenheit sich friedlich lösen werde, und seitdem gestern die Nedj des Kaisers von Ostreich bekannt geworden, überwiegen die Friedenshoffnungen.

Ich sehe mich noch einmal genötigt, darauf zurückzukommen, daß die hiesige sardinische Legation den Titel „italienische Botschaft“ annehmen wird. Wie ich so eben erfahre, hat der neapolitanische Gesandte, Graf Canofari, dagegen protestirt. Der Kaiser hat ihm indessen antworten lassen, daß er ihn durchaus nicht hindere, auch fernerhin den Titel „Gesandter des Königreichs beider Sicilien“ zu führen. Eine gleiche Antwort ist den neapolitanischen Konsuln in Bordeaux und Marseille zu Theil geworden, welche Beschwerden darüber eingereicht, daß die sardinischen Konsulate die Bezeichnung italienische Konsuln anzunehmen beabsichtigen. Auch in den Vorfälleangelegenheiten hat der Titel „italienisches Königreich“ zu einer eigenthümlichen Entscheidung des Kaisers Veranlassung gegeben. Es handelt sich nämlich darum, die neue italienische Anleihe an der Börse zu plazieren. Da aber das Königreich nicht effektiv anerkannt ist, so verstößt diese Bezeichnung gegen die Gesetze. Der Kaiser legte sich in das Mittel und die Anleihe wird nun unter dem Namen Victor-Emanuel-Anleihe an der Börse ihre Käufer finden, wenn sie überhaupt zu Stande kommt, woran man augenblicklich noch zweifelt, da Rothschild sie nicht selbst zum Kurs von 62 übernehmen will. (Nach telegraphischen Nachrichten soll er sie aber doch übernommen haben. D. Ned.) — Am Mittwoch fand die Eröffnung der Gemäldeausstellung im Industriepalaste statt. Die Zahl der ausgestellten Bilder übersteigt die Chiffre 4000 (s. Nr. 103), so daß etwa 1000 Nummern mehr vorhanden sind, als in der letzten Ausstellung, welche 1859 stattfand. Sie sehen, daß man in der That nicht über die Quantität klagen kann; wäre nur die Qualität ein klein wenig besser, aber über die ganze Ausstellung

liegt wie ein drückender Nebel die Mittelmäßigkeit ausgebreitet. Es ist nichts gut und nichts schlecht. Die bekannten französischen Maler, ein Ingres, Horace Vernet, Cogniat, Delacroix, haben nichts ausgestellt, weil sie die Jury, welche über die Aufnahme der Bilder entscheidet, nicht für kompetent halten. Der Ehrenplatz, ein besonderer Salon, ist denjenigen Bildern eingeräumt worden, welche nach der treffenden Bezeichnung der Franzosen der offiziellen Malerei angehören. Dort hängt die beste der unzähligen Schlachten bei Solferino, welche für diese Ausstellung gemalt worden sind. Diese ist das Werk Vrons, wenn ich nicht irre, ein Schüler Paul Delaroche's. In demselben Salon hängen auch die Gemälde des Kaisers, der Kaiserin, des kleinen Prinzen, des Prinzen Napoleon und unzähliger Marschälle und Minister. Es ist Alles offiziell und offiziell langweilig, was in jenem Raum zusammengedrängt ist. Wenn ich mich erst mehr mit den Details der Ausstellung bekannt gemacht, komme ich wieder darauf zurück. — Ein eigenthümlicher Krieg hat sich zwischen der „Patrie“ und dem Seinepräfekten Haussmann entzogen. Der Gegenstand desselben ist die schlechte Qualität des Wassers in einigen Vorstädten von Paris, namentlich in Batignolles und Montmartre. Delamare, der Redakteur en chef, warf dem Präfekten Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit vor, und der Präfekt antwortete nicht minder heftig im „Moniteur“. Heute ist in der Abendnummer der „Patrie“ eine in sehr leidenschaftlichem Tone gehaltene Petition an den Kaiser über diesen Gegenstand veröffentlicht worden. Man sagt mir, daß Haussmann in Folge dessen mit einer Unterdrückung der „Patrie“ auf einen Monat droht habe.

Paris, 3. Mai. [Tagesbericht.] Prinz Napoleon ist vorgestern in Genf angekommen. Er will die Arbeiten, welche er in seiner Besitzung am Genfer See vornehmen läßt, besichtigen.

— Hr. Jerome Bonaparte und sein Sohn sind Montag Abends in Havre angelommen, von wo den folgenden Tag hr. Jerome Bonaparte, Vater, auf dem „Arago“ nach Amerika zurückreiste. — Der „Constitutionnel“ kämpft eine Fehde mit dem Bischof von Perpignan durch; morgen tritt auch der Erzbischof von Cambrai in Sachen der ausgemachten Redemptoristen in den Spalten des Blattes selbst gegen dasselbe auf. Der Erzbischof von Lours hatte eine Audienz bei dem Kaiser und erhob bei ihm die lebhaftesten Beschwerden gegen das bekannte Mundschreiben des Justizministers.

— Man spricht viel von einem auf die Einführung einer Staatslotterie bezüglichen Projekt. Es sollen durch regelmäßige wiederkkehrende Ziehungen Immobilien- und Mobiliarwerthe verlost werden. — Der Seinepräfekt wurde vorgestern im Senate stark mitgenommen; er steht jetzt in den offiziellen Kreisen eben so isolirt, wie in den municipalen. Seine vorgebrachte Niederlage ist um so bemerkenswerther, als er, um seine Sache zu einer unwiderstehlichen zu machen, unvorsichtig genug war, das von dem Senat mit 94 gegen 2 Stimmen indirekt verurtheilte Projekt als einzlig und allein durch den kaiserlichen Willen hervorgerufen dargestellt.

— „Sécle“ und „Opinion Nationale“ wurden wegen der Ehrverkränkung des Präsidenten des Vincenzvereins von Montpellier zu 50 Fr. Geldbuß verurtheilt. Die 50 Fr. haben nichts zu bedeuten, wohl aber der Umstand, daß bei einer zweiten gerichtlichen Verurtheilung von Rechts wegen die Unterdrückung des betreffenden Blattes eintritt. — Bei Amyot erscheint jetzt ein neues zeitgemäßes Werk: „Recueil des traités, conventions et actes diplomatiques concernant la Pologne depuis le premier partage (1772).“ Es ist eben so vollständig und unparteiisch gehalten als das, welches im Jahre 1859 in der selben Buchhandlung über Italien erschien.

— Das neueste Heft der Archives Diplomatiques enthält eine noch nicht veröffentlichte Denkschrift des russischen Kabinetts über den Bericht des türkischen Großvezirs, den dieser nach der Rückkehr von seiner Rundreise abstattete. — Herr Meyer, Generalkonsul zu Bordeaux für die gefallene Regierung Franz II., weigert sich hartnäckig, die neapolitanische Flagge einzuziehen, indem er sich darauf beruft, daß Niemand das Recht habe, diese bourbonische Dynastie als gefallen zu betrachten, so lange der Kaiser der Franzosen das neue italienische Königreich nicht anerkannt hat. — Der Graf Zamoyski hat vorgestern Warschau verlassen. Er begibt sich nach London und Paris. — Die drei Gesandten des Königs von Siam sind einige Tage, ehe das französische Schiff, das sie nach Europa bringen sollte, ankam, plötzlich gestorben. Gleichzeitig starb auch der als Gottheit verehrte weiße Elephant.

Paris, 4. Mai. [Teleg.]. In dem Prozeß wegen der Broschüre des Prinzen von Aumale ist heute der Buchhändler zu einem Jahr, der Drucker zu sechs Monaten Gefängnis und jeder von ihnen zu 5000 Franken Geldstrafe verurtheilt worden. — Die Interessen der Schatzscheine sind um ein halb Prozent herabgesetzt worden.

Schweden.

Bern, 1. Mai. [Misstrauen gegen Frankreich.] In den letzten Tagen kommen uns aus Frankreich Friedenslauben in Gestalt von Handelsberichten zugeslogen. Jeder nur einigermaßen bekannte schweizerische Handelsmann hat, ohne zu wissen woher, einen solchen Bericht erhalten. Mutmaßlich stammen sie aus dem französischen Ministerium des Innern, welches ja auch in Frankreich selbst der öffentlichen Meinung die von oben herab gewünschte Richtung gibt. Glücklicherweise geht dies hier bei uns nicht so leicht wie dort, da wir nebenbei auch noch anderswoher Berichte erhalten, die uns geradezu das Gegenteil von dem sagen, was uns das französische Ministerium glauben machen will. So behaupten jene Handelsberichte, die französische Regierung werde nächstens eine Anleihe im Betrage von 850 Millionen aufnehmen, mit welcher als Garantie für den Frieden öffentliche Arbeiten ausgeführt werden sollen, während man uns von anderer Seite mittheilt, daß gerade diese 850 Millionen für den von Louis Napoleon beabsichtigten Krieg bestimmt sind, in welchen er die Schweiz als seinen Bundesgenossen verwickeln will, was vor der Hand auch noch mehr Glauben findet, als das erste. Aus diesem Grunde hört gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich. So vorliegt die Helvetia des Kantons Waadt mit Eininstimmigkeit erst ganz kürzlich: 1) daß der Zeitpunkt für einen solchen Abschluß nicht günstig sei, und 2) sie bedauere, daß der Bundesrat von seinem ersten Beschuß abgehen zu müssen geglaubt, und von sich aus die Unterhandlungen wegen jenes Vertrages mit Frankreich eröffnet habe. Daß letzteres wirklich der Fall, können Sie trotz des jüngst im „Bund“ versuchten Dementi versichert sein, womit jedoch die

Möglichkeit des Wiederabbruchs jener Unterhandlungen noch nicht ausgeschlossen ist. Wie ich höre, soll sogar ein solcher Schritt vom Bundesrath schon sehr ernstlich in Beratung gezogen werden sein. (Schl. 3.)

Italien.

Turin, 1. Mai. [Die neapolitanischen Verhältnisse] erregen hier doch größere Besorgnisse, als die Artikel der "Opinione" rechtfertigen würden. Man spricht davon, daß der Belagerungsstand proklamiert werden soll, wenn die Ruhe nicht bald wiederhergestellt wird, und daß die Deputirten der südlichen Provinzen selbst den betreffenden Antrag in der Kammer stellen würden. Es ist auch die Rede davon, Herrn v. San Martino, dessen Energie sich früher bewährte, mit den weitgehendsten Vollmachten nach Neapel zu schicken. Doch überwiegt die Ansicht, daß eine völlige Bevölkerung Neapels nur dem Könige oder Garibaldi mit seiner Popularität gelingen würde. Da Graf Cavour sich nicht zu dem lebhaften Auskunftsmitteilungen verstellen will, so soll neuerdings wieder eine Übersiedlung der königlichen Hofhaltung nach Neapel in Aussicht genommen sein.

[Tagesbericht.] Die "Perseveranza" meldet: Die portugiesische Regierung verweigert den mit Pässen des neuen italienischen Königreichs versehenen Reisenden den Eintritt in ihr Gebiet. Piemont mache deshalb bei der spanischen (?) Regierung Gegenvorstellungen und hofft, Portugal werde obiges Verbot widerrufen. — Man spricht von der bevorstehenden Abreise des Prinzen Carignan und Nigra's von Neapel. Graf Ponza di San Martino soll dahin abreisen, um die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. — Victor Emanuel wird zum 1. Juni auf zwei Monate nach Neapel gehen. — Nach Neapel sind von Genua aus 3000 Mann Piemontes als Verstärkung abgegangen. Die Operationen in der Basilicata dauern fort. — In Rom zirkuliert eine Petition zu Gunsten eines Abzugs der französischen Truppen. — Die Note, worin Graf Cavour von der päpstlichen Regierung die Entfernung Franz' II. aus Rom verlangt, mache wegen des Bruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Turin folgenden Weg: Cavour lande sie an den sardinischen Geänderten in Paris, der sie Thouvenel einhändigte; Thouvenel expedire die sie an den Herzog von Grammont, der sie dem Kardinal Antonelli übergab. — Garibaldi hat sich heute in Duarto, in der Nähe von Genua, auf dem "Biraglio" nach Caprera eingeschifft. Mehrere seiner Freunde begleiteten ihn. — Statt des Vizeadmirals Dinegro, welcher seine Entlassung nahm, ist der Vizeadmiral Tholosano zum Kommandanten des südlichen Marindepartements ernannt.

[Antwort Garibaldi's auf die Studentenadresse.] Nach dem "Regno d'Italia" erwiderte Garibaldi folgende Worte auf die Adresse, welche ihm die Studenten von Padua überreicht hatten:

Danke Euren Kameraden für die Liebe, welche sie mir bezeigten, sowohl in meinem wie in des gesammten Vaterlandes Namen. Nicht zum ersten Male spreche ich meine Gefühle gegen Euch aus. Wir haben uns in besseren Zeiten gelehrt, 1859 zu Lucca und kurzlich auf den Schlachtfeldern des Südens. Ich werde mich zur gegebenen Stunde Eurer Anerbietungen und Zusagen erinnern. Bleiben wir immer uns selber treu, so werden wir am Tage des Kampfes uns alle einig zusammenfinden. Nebt Euch im Schießen, meine jungen Freunde, aber vernachlässigt das Bayonett nicht, es hat keine Vortheile. Nicht an uns ist es, den Tag des Kampfes festzuzeichnen; er kommt herbei, und er wird uns bereit stünden. Zu einer anderen Seite würde ich Eurer Einladung nachkommen sein und Eure Stadt besucht haben, aber heute in dies mit aus Gründen, die ich nicht näher angeben kann, unmöglich. Ich weiß, daß ich in Eurer Mitte mich bestimmt fühlen würde, allein ich kann wirklich Eurem Wunsche nicht gehorchen leisten.

Neapel, 21. April. [Zustände.] Die Regeneration Neapels erfordert Zeit. Die neue Ordnung der Dinge wird noch manchen Kampf mit ihren geheimen und offenen Feinden zu bestehen haben. Es ist schon viel gewonnen und ein Zeichen von Kraft, daß sie bisher nicht unterlag. Betrachten wir die Ereignisse seit einem Jahre, so kann man wohl mit dem Fortschritte zufrieden sein und getrost den etwaigen Vorwurf, daß man Alles optimistisch ansiehe, von der Hand weisen. Imbriani, Staatssekretär für den Unterricht, entwickelt große Thätigkeit. Ist doch der Unterricht die Hauptfache! Kinderasyle, Primär- und Sekundarschulen sind von dem Papier herab in die Wirklichkeit getreten. Eine Normalschule mit 300 Jünglingen wurde in der vorigen Woche eröffnet. Die Zahl dieser Jünglinge wächst täglich. Mehrere Privatinstitute entstanden, darunter auch dasjenige des Herrn A. Cresi, welcher zu diesem Zweck Genf verlassen hat. Zahllose (?) Kinder sind bereits auf diese Weise dem Bettel- und dem Bagabondenthum entrissen. Das geistige Leben regt sich und zirkuliert frei. Auch der materielle Wohlstand wird durch Eisenbahnen, Bauten und viele andere Mittel gehoben. Die Provinzialitäten verschmelzen sich immer mehr durch das Wandern und den Wechsel der Nationalgarden zwischen dem Norden und dem Süden. Warum sollte man also die Hoffnung aufgeben, daß aus einem bisher unterdrückten und von vielen oberflächlichen Beurtheilern verachteten Volke nicht durch die Freiheit noch ein sehr gutes und achtbares Volk herangebildet werden könnte? (Beit.)

Neapel, 23. April. [Die Aufstände im Neapolitanischen.] Der hier erscheinende "Omnibus" widerspricht der amtlichen Nachricht, daß die Erhebungen in Melfi, Venosa, Ripacandida u. c. unterdrückt seien; sie dauerten noch fort, und die piemontesischen Truppen befanden sich in Rionero und hätten dort eine Militärkommission eingesetzt. Ein mobilisiertes Nationalgardebataillon sei aus der Hauptstadt nach den Provinzen abgeschickt worden.

— Im Hinblick auf die Vorgänge in Süditalien schreibt das ministerielle Pariser "Pays": Es ist sicherlich die Pflicht jeder Regierung, der Ordnung die gebührende Achtung und dort, wo sie geziert ist, auch die nötige Wiederherstellung zu schaffen. Nichtsdestotrotz ist, auch die öffentliche Meinung durch die aus Neapel anweniger fühlt sich die öffentliche Meinung durch die aus Neapel an-

nären Gesinnungen aufzugeben, müssen wir die haarträubendsten Nachrichten entgegennehmen, alles aus Thatlosigkeit der Regierung. Es mag genügen, wenn ich Ihnen sage, daß wir in beständiger Todesangst leben, und daß wir mehr als einer stotschen Standhaftigkeit bedürfen, um nicht die vergangene Grabesruhe zurückzuhüten.

Neapel, 25. April. [Maßregeln gegen die Aufständischen; Demonstrationen; Ernennungen; aus Sicilien.] Der Prozeß gegen die Verschwörer und namentlich gegen den Herzog v. Cagliari ist wiederum vertagt worden. Es wurden, ohne das Standrecht zu proklamieren, bei Venosa von den in der Basilicata gemachten 600 Gefangenen 23 auf der Stelle erschossen, die vielleicht durch ihre vorher verübten Räuberereien den Tod verdient, jedenfalls aber das Recht zu einer ordnungsmäßigen Untersuchung und Aburtheilung hatten. Die Regierung erkennt sehr wohl, daß die im Königreich stationirten Truppen der Bewegung bald nicht mehr gewachsen sein werden, und sendet deshalb auch, soviel in ihren Kräften steht, Verstärkungen hierher. Die Brigade Ravenna, sowie die 21. und 27. Bersaglieri haben Befehl bekommen, sich auf den in Genua bereit liegenden Dampfern "Garibaldi", "Bresl" und "Ville de Lyon" nach Sicilien einzuschiffen; die Brigade Bologna wird dafür von Sicilien nach Neapel verlegt. — Bei der gestern zu Gunsten Garibaldi's erfolgten Demonstration kamen die allmäßl. verschwundenen rothen Hemden wieder zum Vorschein, und die Massen durchzogen mit lautem Geschrei, ganz wie vor einigen Monaten, wo dies ein sehr häufiges Schauspiel hier war, die Toledostraße. Da es vom Schreien zum Einwerfen der Fenster nur eines kleinen Schrittes bedarf, so stellten einige friedliebende Bürger ein paar Lampen vor ihre Fenster, um Sympathien kundzugeben, und hierdurch die Scheiben zu retten. Die Nationalgarde, welche unter die Waffen gerufen worden war, patrouillierte mit den Garibineti, und da die Bivat für Garibaldi, hin und wieder vermisch mit dem jetzt auch populär gewordenen "morte a Cavour!" gar kein Ende nehmen wollten, so wurde endlich die Toledostraße gesperrt und hierdurch die Ruhe wiederhergestellt. In Castellamare revoltierten 600 Hafenarbeiter, und konnten erst durch die bewaffnete Macht wieder zur Ruhe gebracht werden. — Zugleich ist die Ernennung von einigen Hunderten der neapolitanischen Offiziere für die sardinische Armee erfolgt. Fast alle wurden um einen Grad zurückgesetzt und ihnen nur ein geringer Sold (15 Ducati für einen Lieutenant, 30 Ducati für einen Major) bestimmt, den sie, wo es ihnen beliebt, in Italien verzehren können.

Nach den aus Sicilien einlaufenden Nachrichten ist auch dort von einem geordneten Zustande noch keine Rede; doch tragen die Räuberreien, welche die Insel verwüstet, nicht den politischen Charakter, wie hier die Unruhen auf dem Festlande, die alle unter der weißen Fahne vorgenommen werden. (A. 3.)

Spanien.

Madrid, 1. Mai. [Die Kaiserin von Österreich] ist in Sevilla angekommen; sie wurde vom Herzog von Montpensier und den Behörden empfangen.

Ausland und Polen.

○ Aus dem Königreich Polen, 3. Mai. [Falsche Gerüchte; zur Bauernemigration.] Wie sich aus den Behörden mehrerer verhafteter Individuen ergiebt, hatte man die Massen mit der Aussicht auf die Ankunft Garibaldi's zu verlocken geführt und dessen Eintreffen mit 18,000 Mann für Anfang Mai angesagt. So erschien z. B. in Kielce eine Wittwe vor dem Kreischef, um ihren einzigen Sohn, den man beim tumulte verhaftet hatte, loszubitten, und äußerte, daß ihr Sohn zwar zum 3. Mai durch den "Prinzen Garibaldi" (wörtlich) bereit werden würde, allein es dauere ihr doch bis dahin zu lange, die Arbeit bleibe liegen und ihre Wirthschaft leide dadurch zu sehr. Die Verhaftung hatte am 11. April stattgefunden. Von Unruhen in Polen, Kiew u. c., von denen namentlich Pariser Blätter fabeln, ist keine Rede, und wären wohl nur dann in Litauen Unruhen unter den Bauern gegen ihre meist polnischen Herren zu erwarten gewesen, wenn diese Anstalten gemacht hätten, gegen die Regierung aufzutreten. In Schaul, einem litauischen Städtchen, wurden eines Sonntags beim Auszuge aus der Kirche mehreren polnischen Edelleuten durch ihre eigenen Bauern die Trauerabzeichen, noch ehe das Verbot der Regierung dagegen erlassen war, abgerissen. — Die freudige Dankbarkeit der Russen gegen Alexander II. wegen Aufhebung der Leibeigenchaft zeigt sich in eklatanter Weise. Bis jetzt sind nach einer gestern aus Petersburg erhaltenen fischen Privatnachricht im Reiche nicht weniger als 184 Kapellen und Kirchen bestimmt, nach des Kaisers Namen genannt zu werden, und zum Theil sind sie schon in Bau gegeben. Auch haben die Gemeindeverbände eine Generalbank zu stiften beschlossen, aus der die unbedarfteren Bauern die ihnen zur Freikaufung fehlenden Summen gegen vier Prozent entnehmen können. Es sind bereits 18 Millionen Silberrubel gezeichnet, und mehrere Gouvernements haben zusammen dem Kaiser außerdem zehn Millionen angeboten, für den Fall eines Krieges gegen Frankreich oder sonstige Feinde. Jetzt, wo der russische Bauer weiß, daß er selbst und seine Habe nicht mehr unbedingtes Eigentum seines Herrn ist, rückt er auch mit seinen Schäßen heraus, und Millionen, die lange dem Verkehr entzogen müßig in Winkeln verborgen lagerten, kommen allmäßl. zum Vorschein. Bemerkenswerth ist auch, daß der Russe viele Sympathien für die Deutschen hat. So haben überall, wo sich jetzt die neuen Kreisverbände bilden, die russischen Gemeinden darauf gedrungen, daß alle deutschen Ansiedler und Wirthschaft ihnen anschließen und gleiche Rechte mit ihnen haben.

Warschau, 3. Mai. [Kleine Notizen.] Nach dem "Kurier" ist der Staatsrat Bossakowski vom kaiserlichen Finanzministerium, der sich seit einigen Monaten mit der Prüfung der dem Staate gehörigen industriellen Anstalten des Königreichs beschäftigt hatte, in diesen Tagen nach Petersburg zurückgekehrt. — Kiew ist von einer furchtbaren Überflutung heimgesucht worden. Nach den neuesten Briefen hatte der ausgetretene Dnieper 615 Gebäude überflutet, und konnte man in der Stadt nur durch Kähne von Haus zu Haus gelangen. — Nachrichten aus Polen melden übereinstimmend den durch die jüngsten Nachfröste herbeigeführten schlechten Stand der Saaten. Man befürchtet Theurung. — Ein Artikel der "Gaz. Warsz." bringt Nachrichten über die evangelische Kirche in Polen, zunächst über die sogenannten Religionschulen derselben. In den 63 Pfarreien und 47

Familien der evangelischen Kirche beider Konfessionen im Königreich existiren nicht weniger als 574 Schulen. — Am 1. d. hat in sämtlichen katholischen Kirchen die sogenannte Matandacht zur Mutter Gottes begonnen, die alljährlich den ganzen Monat Mai hindurch fortduert. Die Kirchen waren überfüllt und namentlich von Frauen in Trauergewändern stark besucht. Als Zeichen der Landestrauer trägt das männliche Publikum fast ausschließlich schwarze Mützen, da das Tragen von Hüten mit Trauerflor verboten ist. Zylinderhüte sieht man sehr wenig in den Straßen, da solche meist nur von Beamten oder Ausländern getragen werden. — Von den am 8. April Verwundeten sind bis jetzt in den Hospitälern 11 (darunter 2 Juden) gestorben. Die Leichen werden gewöhnlich nach Mitternacht unter Eskorte nach dem Kirchhofe gebracht und in aller Stille beerdig. — Der Administrationsstaat soll die Grundentlastungsfrage im Prinzip bereits entschieden haben, und zwar der Art, daß schon vom kommenden 1. Juli an für jeden Arbeiter ohne Gewinn täglich 2½ Sgr. für jeden Arbeiter hingegen mit Gewinn 7 Sgr. als Entschädigung für den Gutsherrn festgesetzt sein soll, eine im Hinblick auf die hiesigen Landesverhältnisse gewiß sehr niedrige Taxe. — Der gefürchtete heutige Tag ist ohne jede Demonstration oder, um den beliebten Ausdruck zu brauchen, ohne Emeute verlaufen. Das Wetter war allerdings in den Frühstunden keineswegs einladend zu weißen Kleidern und dergleichen. — Seit gestern dürfen die Bier- und Kaffeehäuser bis neun Uhr offen bleiben, sonst keine Veränderung. — Bei dem Gutsbesitzer Rimajewski in der Nähe des Grenzamts Skalmierzyc fand heute eine seit 14 Tagen vorbereitete und von 300 Edelleuten besuchte Polenversammlung statt. Auch Bauern waren dazu eingeladen worden und erhielten höchst freiem Mittagstisch 10 Sgr. Der Zweck der Versammlung ist im Augenblick noch unbekannt.

Türkei.

Konstantinopel, 27. April. [Ernennungen; Truppenpendungen u. c.] Assim-Bey wurde zum Präfidenten des Handelstribunals ernannt. — Ali-Pascha (Escherke) ist zum Kommandanten der Truppen an der griechischen Grenze ernannt, wo ein militärischer Kordon gezogen wird. — Zwei Fregatten mit 6 Batterien Infanterie sind nach Bolo, zweit Dampfer mit Truppen und Munition nach Rumelien abgegangen. — Nuredin Pascha, General-Gouverneur von Brussa, ist zum Begleiter von Rumelien ernannt. — La Valette geht Anfang Mai nach Paris.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 21. April. [Niederlage der Regierung.] Die "Ostd. Post" enthält folgende Nachrichten von hier: Die Regierung des Fürsten Cossa ist bei den Neuwahlen vollständig geschlagen worden. Die liberal-konservative Partei hat den Sieg davon getragen, und die beiden Prinzen Konstantin und Demetrius Ghika sind zum vierten Male wieder gewählt worden. Der Minister des Innern, Tora, hat nur 7 Stimmen erhalten, und auch der Minister Boiresco, der wegen seiner früheren sozialistischen Grundsätze bekannt war, ist nirgends gewählt worden. Es ist dies die bedeutendste Niederlage, welche die Regierung des Fürsten Cossa bisher erlitten hat, und es sind noch nirgends Wege angebahnt, die eine Vermittelung zwischen den großen Grundbesitzern und der demokratischen Regierung zu Stande bringen könnten. Die Grundbesitzer wollen zwar im Interesse der Bauern ein bedeutendes Opfer bringen und stimmen darin mit der Kommission von Tokschani überein, aber die rein revolutionären Bestrebungen der Regierung werden in den Donaufürstenthümern noch lange Widerstand finden und wahrscheinlich eine neue Einmischung der Mächte zur Folge haben.

Amerika.

New York, 16. April. [Kriegsrüstungen im Norden und Süden.] Die Berichte aus allen nördlichen und westlichen Staaten lauten zu meist dahin, daß dem Aufrufe des Präsidenten Lincoln zur Stellung von Truppenkontingenten mit großem Eifer nachgekommen wird. Doch muß sich erst zeigen, ob diese Angaben richtig sind und ob die Begeisterung nachhaltig sein wird. In Utica, Buffalo, Troy, Pennsylvania und Ohio war Alles für den Kampf begeistert. Dasselbe gilt von Indianapolis, Illinois, Michigan, Massachusetts (in Boston hatten 20,000 Freiwillige ihre Dienste angeboten), Rhode Island, New Hampshire, Connecticut, Wisconsin, Detroit, Vernon New York und Maine. — John Cade hat dem Gouverneur Curtin in Pennsylvania 50,000 Dollars angeboten, um die Ausrüstung der Milizen zu bekleiden. Ein gleiches Anbieten war von einer Delegation Pittsburgh Kaufleuten gemacht worden. Die Besatzung von Washington sollte verstärkt werden. In Philadelphia hatten sich Spuren von Krawallucht gezeigt, und zu einer Zeit war der Pöbel in den Straßen bis auf eine Masse von 10,000 Köpfen angewachsen. Ihre Wut richtete sich gegen ein neuengründetes Anzeigenblatt "Palmetto Flag" und zuletzt mußte zum Schluß deselben die Polizei ausrücken. Ein gleiches Anbieten war von einer Delegation Pittsburgh Kaufleuten gemacht worden. Die Besatzung von Washington sollte verstärkt werden. In Philadelphia hatten sich Spuren von Krawallucht gezeigt, und zu einer Zeit war der Pöbel in den Straßen bis auf eine Masse von 10,000 Köpfen angewachsen. Ihre Wut richtete sich gegen ein neuengründetes Anzeigenblatt "Palmetto Flag" und zuletzt mußte zum Schluß deselben die Polizei ausrücken. Die Polizei beruhigte sich aber erst, nachdem die Eigentümner die amerikanische Flagge aufzogen und der Mayor der Stadt die Versicherung ertheilte, daß keine Verräther in der Stadt geduldet werden würden. — Die Legislatur von Pennsylvania hatte ein Gesetz erlassen, krafft dessen jedes Einverständnis mit den Gegnern der Union mit 500 Doll. oder zehnjährigem Kredit gebügt werden soll. — Dem Gouverneur von Massachusetts war die Ordre zugegangen, 640 Mann ohne Verzug nach Fort Monroe in Virginien zu schicken. Eine andere Truppenabteilung soll bereit gehalten werden. Überhaupt läßt sich Massachusetts am allerentschiedensten an. — Präsident Lincoln hat Befehl ertheilt, Harpers Ferry, Monroe und andere Forts mit genügenden Belagerungen zu versetzen. Um Washington zu schützen, wurden verschiedene militärische Dispositionen getroffen, doch sind bis jetzt keine Schritte gethan worden, um die Häfen des Südens zu blockiren oder die Posten dahin einzuziehen. — Die Legislatur von New York hat die 3 Mill. Dollars Kriegsgelder mit nur einer einzigen Gegenstimme bewilligt und Baltimore stellt 1000 Freiwillige zum Kontingent von Maryland. In sämtlichen Regierungswerften erhält die größte Thätigkeit. — So viel über die Stimmung und die Rüstungen im Norden, der zu Lincoln hält. Bedenklich dagegen lauten die Berichte aus den Grenzstaaten, wo die Sezessionsgelüste immer offener austreten, zumal aus Virginien, dessen etwaige Loslösung die meisten anderen Grenzstaaten mit sich reißen würde. Der Süden seinerseits rüstet sich mit ebenso großem, wenn nicht noch größerem Eifer zum Bürgerkriege. — Kapitalisten in New Orleans, wo das Sezessionsfeuer seit Jahren am allerheftigsten grüßte, sollen der Regierung das Anerbieten gemacht haben, die ganze ausgeschriebene Anleihe von 15,000,000 Pid. zu nehmen. General Pillow machte sich verbindlich, auf den Wunsch des Präsidenten in Tennessee 10,000 Mann anzuwerben. Borenst wurde ein Flottenausbau niedergelegt, um eine gewisse Anzahl Kanonenboote zu kaufen oder zu bauen, die 5 große Geschütze führen können und 1000 Tonnen Gehalt haben. Alle Gerichtshöfe wurden bis zum Mai geschlossen. In Savannah kamen ungeheure Massen Munition an. — In Charleston waren am 15. drei Schiffe, ein spanisches, ein englisches und ein amerikanisches, beim Hafeneingang angehalten und erst nach längerem Bedenken wieder freigelassen worden. — Von allen Seiten strömen Freiwillige zu, rohe Rekruten allerdings, die aber rasch einerzirt werden. General Beauregard war darauf bedacht, alle Positionen zu befestigen. Alabama und Georgia hatten ihm Regimenter angeboten. In Kolumbia stand die ganze männliche Bevölkerung vom 16. bis zum 60. Lebensjahr unter Waffen.

Von Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 4. Mai. [24. Sitzung.] Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein; die Generaldiskussion war gestern geschlossen worden. Das Wort nimmt der Berichterstatter Herr v. Kleist-Répov: Er resumeert die Debatte und erklärt für sich und seine Gesinnungsgenossen, daß sie nicht das Recht haben, die Forderungen der Liberalen zu unterläufen, daß sie nicht den Grundzustand anerkennen: *ubi bene, ibi patria*. Betrachtet man das Votum der Vorlage genauer, so besteht es in nichts Anderm, als im Nehmen des Kapitals von Einem und im Geben derselben an einen Andern. Man beruft sich für die Vorlagen auf Artikel 101 der Verfassungsurkunde, aber wer hat das Recht, zu behaupten, daß durch diesen Artikel eine Grundsteuerregulierung zweifellos gesichert ist? Nach den bestimmten Erklärungen des Herrn Finanzministers steht in sicherer Aussicht, daß man die 8 Prozent betragenden Grundsteuern unverändert werden lassen und diese nur 5 Prozent in den Nordostprovinzen betragende Steuer auf 8 Prozent erhöhen werde. Man will sich für die Vorlage immer auf ältere Gesetze beziehen, z. B. die von 1810. Da sind nur eröffnete Aussichten, aber keine unabsehbaren gesetzlichen Bestimmungen enthalten. Schon 1811 ist eine volle Entschädigung für jede durch den Staat veranlaßte Minderung des Eigentums zugesagt; gewährt man eine solche, dann wird auch die Vorlage keinen Widerstand erfahren. Sehr beachtenswerth bei Beurtheilung der Vorlage ist die verschiedene Leistungsfähigkeit in den einzelnen Provinzen, welche durch Erleichterung der Kommunikationsmittel erhöht wird, daher man daran erinnern muß, daß zur Unterhaltung der Chausseen an Zuschüssen gewährt haben: Preußen 142,000 Thlr., Posen 17,000 Thlr., Pomern 48,000 Thlr., Schlesien 71,000 Thlr., Brandenburg 71,000 Thlr., Sachsen 154,000 Thlr., Westfalen 263,000 Thlr., Rheinprovinz 25,000 Thlr. Niemand will, daß die Grundsteuerregulierung überhaupt nicht erfolgen soll; warum und wie sie aber jetzt zur Ausführung kommen soll, kann nicht jeder billigen. Man hat gestern gesagt, die Demokraten werden sich am meisten über die Ablehnung der Vorlagen freuen; das zeigt aber, daß man an mancher Stelle sich nicht mehr die Kraft zutraut, einer solchen Demokratie zu imponieren. Man erinnert auch daran, daß von der Krone die Erledigung der vorliegenden Frage dem Landtage ans Herz gelegt worden ist; diese Erledigung wird in einer oder der anderen Weise erfolgen, ohne, wie sie auch ausfallen, der Bereitwilligkeit Eintrag zu thun, für König und Vaterland mit Gut und Blut einzustehen. Man hat die Vorlagen mit der Militärfrage in unlässige Verbindung gebracht, denn wenn in diesem oder im nächsten Jahre ein großer Krieg ausbricht, bieten erstere durchaus keine Geldmittel dar. Der Berichterstatter liest eine längere Stelle aus einer Rede des Finanzministers v. Patow aus dem Jahre 1857 (stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses) vor und schließt daraus, daß das Herrenhaus wohl berechtigt ist, eine Sicherstellung der Verwendung der aus der Steuerregulierung sich ergebenden Summen zu Zwecken für die Armee zu verlangen. Das Land wird das Haus für das, was es heute thut, verantwortlich machen; es ist daher zu wünschen, daß recht viele Stimmen ihr Recht abgeben mögen zum Besten des Vaterlandes. (Bravo!) — Der Regierungskommissarius Herr Meinecke erklärt, daß wenn die Regierung von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht hat, sie nur ihre Schuldigkeit gethan und es ihr nicht eingefallen sei, in dieser Angelegenheit nach irgend einer Seite hin zu drohen. — Der Finanzminister Frhr. v. Patow: Der Herr Referent hat eine Anzahl von Behauptungen aufgestellt, die von ihm schon zehnmal und noch öfter aufgestellt worden sind, daher es nicht erforderlich, sie alle zu widerlegen. Er hat z. B. auch gesagt, daß die Änderung des Geldwertes den Werth des Grundbesitzes schwankend macht; dies zugegeben, so folgt doch nur daraus, daß eben die Regierung darauf Rücksicht zu nehmen und die Steuern danach zu normieren hat. Nach vielen Einzelheiten, in denen Zahlen die Hauptrolle spielen, erklärt der Minister, daß die Regierung glaubt, mit der Vorlage ebenso ihrem Recht, wie ihrer Pflicht entsprochen zu haben, also nicht der Grundlosigkeit dieser Maßnahme beschuldigt werden zu können. — Der Präsident giebt die Besicherung, daß kein Mitglied des Hauses sich des Wortes „Grundlosigkeit“ bedient habe. — Der Finanzminister erklärt, daß er nur habe sagen wollen, daß der Regierung der Vorwurf nicht genügender Motivierung der Vorlage gemacht worden sei. — Der Präsident: Ich beharre bei meiner Auferhebung. — Es folgen thatächliche Berichtigungen der Herren Brüggemann und v. Kleist-Répov; letzterer nennt die Minister einfache Handlanger der Faktoren der Gesetzgebung und bestreitet, daß sie einen Faktor der Gesetzgebung bilden, wie dies Herr v. Patow gemeint hatte. — Das Haus geht zur Diskussion über §. 1 über: Eintheilung der Grundsteuer (Gebäude- und Grundsteuer). — Der Prinz Carola spricht mit leiser und wenig verständlicher Stimme, scheint sich aber des Ausdrucks „Demokratie des Abgeordnetenhauses“ bedient zu haben, überhaupt aber auf das Gebiet der allgemeinen Diskussion hinübergegangen zu sein, denn der Präsident sieht sich veranlaßt, diese Ausdehnung und jenen Ausdruck zu tadeln, worauf sich Prinz Carola mit Unwissenheit der hier bestehenden Regeln entschuldigt. — Dr. Tellkampf macht eine thatächliche Bemerkung, worauf der §. 1 mit großer Majorität angenommen wird. Die Debatte über §. 2 (Erhebung der Gebäudesteuer) wird bis nach der Beratung über das Gebäudesteuergesetz ausgezögert. Das Haus beschließt sodann nach einer Diskussion, an der sich mehrere Mitglieder beteiligen, die Diskussion über die §§. 3, 7, 8, 9 zusammenzufassen, welche von der Gleichstellung der Grundsteuer in den verschiedenen Provinzen des Staates und von der Unterbertheilung der Hauptsumme handeln. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme des §. 3 nach dem Kommissionsvorschlag. Es sind dazu Amendments gestellt von dem Grafen Wittberg und dem Herrn Camphausen (Berlin). (Der Vizepräsident Graf Stolberg hat den Präsidentenstuhl eingenommen, der Kriegsminister General Roon ist eingetreten.) Herr v. Senfft beantragt, die Grundsteuerhauptsumme auf Acht, anstatt auf 10 Millionen Thaler festzustellen. — Der Graf Zepplin spricht sich gegen den Kommissionsantrag aus, weil nach ihm die ganze Frage in der Schwebe bleibe, was die Stagnation in der Gesetzgebung in beklagenswerther Weise unterstützen würde. Man möge daher den §. 3 nach der Vorlage annehmen.

Herr v. Gaffron vertheidigt sein Amendment zu §. 7; er will den Termin vom 1. Januar 1865 gesetzlich wissen, weil die Einhaltung derselben nicht gesichert ist, die Feststellung des Termins werde zweckmäßiger erst dann erfolgen können, wenn es sich übersehen läßt, zu welchem Zeitpunkt die Veranlagungsarbeiten so weit als notwendig vorgenommen werden. — Herr Camphausen (Berlin) will den Termin vom 1. Januar 1865 im Gesetz aufgenommen wissen. — Herr Wedding: Ein Gesetz, wie das vorliegende, und in ihm besonders die Bestimmungen des §. 1 erfordern eine sehr genaue Kenntniß der Zustände aller Landesteile, auf welches dieses Gesetz zur Anwendung kommen soll. Eine wichtige Frage ist nur, ob eine Abschätzung von einem Umfang, wie ihn die Vorlage notwendig mache, in der kurzen ihr gesetzten Zeit werde durchgeführt werden können, worüber um so weniger ein sicherer Urteil möglich sei, als der Modus der Abschätzung als ein ganz neuer auftritt. Die Regierung hat ein großes Interesse, die große Maßregel, um die es sich handelt, in der festgesetzten Zeit durchzuführen; für diese Hoffnung fehlt aber die Gründlichkeit der Vorarbeiten, die durchaus notwendig gewesen. Welchen Erfolg Beratung und Besluß für die Vorlage auch haben möge, ich wünsche, daß Macht und Wohlgergehen des Staates dadurch in keiner Weise gefährdet werden. — Herr Hasselbach bittet das Haus dringend, den in der Kommission gestellten prinzipiellen Anträgen nicht zuzustimmen, deren Annahme nur dahin führen kann, die Vorlage zweimal sterben zu lassen; überhaupt möge man alle Anträge ablehnen, welche von den Gegnern der Vorlagen ausgehen. — Herr v. Waldaaw-Steinböck hält es für anerkennenswerth, daß, um das Gesetz vor einem schnellen Ende zu bewahren, man sich bemüht, es durch Anträge zu verbessern. Da es jedenfalls bedenklich ist, für die Ausführung der Vorlagen einen Endtermin festzustellen, so ist das Amendment des Herrn v. Gaffron um so mehr zu empfehlen, als es dem Minister erlaubt, schon vor dem 1. Januar 1865 das Gesetz zur Ausführung zu bringen, wenn bis dahin die Vorarbeiten beendet sind. Was die Gerechtigkeit der Vorlage betrifft, so ist es zwar ebenso gerecht, wenn man z. B. die Katheder nach Quadratfuß befreut; aber ungerecht bleibt sie doch, wenn sie ebenso vom armen Schulmeister wie vom Universitätsprofessor bezahlt werden soll, und gleichermaßen verhalte es sich mit der Besteuerung, welche nicht der Grundbesitz, sondern der Grundbesitzer bezahlt. — Thatächliche Berichtigungen machen die Herren Tellkampf und v. Waldaaw-Steinböck. — Herr Camphausen (Berlin) ist der Ansicht, daß es Aufgabe der Landesvertretung sei, die Grundsätze bei Aufstellung des Gesetzes zu prüfen, aber nachdem sie das gethan und die Steuern festgestellt hat, dann fällt die Ausführung des Gesetzes der Regierung zu und den Häusern stehen Anträge, die ins Einzelne gehen, nicht zu. Die Gründe, welche gegen die Anträge der Kommission sprechen, scheinen so bedeutend zu sein, daß zu hoffen ist, sie werden keine Annahme finden, und Gleiche ist auch in Betreff des Amendments Gaffron zu hoffen, da die Regierung sonst nicht weiß, ob sie auf eine Einnahme nach diesem Gesetz zu rechnen hat. — Der Graf Königsmark: Die Grundsteuerfrage muß jetzt zum Abschluß kommen; wichtig ist allerdings die für die Ausführung

der Abschätzung festgesetzte Zeit. Man kann nicht schlecht bestreiten, daß diese Abschätzung in der von der Regierung festgesetzten Zeit werde durchgeführt werden können, aber ein volles Jahr nach erfolgter Einschätzung ist gewiß noch nötig, eher zur Erhebung der Steuer geschritten werden kann. Bedenkt man nun alle Unterbrechungen, welche die Arbeit erleiden kann, so ist das Amment sicher anzusehnen. — Herr v. Senfft-Pilsach: Mein Vorschlag, die Hauptsumme von 10 auf 8 Millionen zu reduzieren, wird den Wünschen der Steuerzahlernden wie dem Gesetz entsprechen. (Der Prinz Hohenlohe nimmt den Präsidentenstuhl ein.) — Nach Herrn v. Below äußert sich der Finanzminister Freiherr v. Patow für Ablehnung des Kommissionsantrags und für Annahme des Amments Camphausen. Bezüglich der zur Erhebung bewilligten Zeit, so kann folche unter Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren genau festgestellt werden, entweder innerhalb einer weiterbegrenzten Zeit, oder nach Erledigung der etwa erforderlichen Vorarbeiten. Wenn die Regierung Crüters gehabt, so ist es nur nach reifester Erwägung geschehen. Daß das französische Kataster sich braubar erweist, hat in den darauf verwendeten Jahren und Summen seinen Grund; die beiden Umstände sind aber für das Verhalten zum Zweck einer Grundsteueranpassung nicht maßgebend. Die Annahme des §. 3 mit den Kommissionsvorlagen bietet die Gefahr, daß dieses Gesetz ein todgeborenes wird. Sollte aber das Gesetz nicht Annahme finden, dann wird es mehr als zweifelhaft werden, ob in der Zeit der Gefahr es überhaupt oder auch nur unter nicht zu ungünstigen Bedingungen möglich sein wird, durch eine Anleihe die großen Bedürfnisse des Staates zu befriedigen. Jeder andere Versuch, den Zweck der Vorlage auf einem anderen, als dem in ihr bezeichneten Wege der Veranlagung zu erreichen, muß scheitern, und da bei dieser Veranlagung die Regierung sich bewußt ist, Alles bedacht zu haben, was erforderlich ist, so bitte ich um Ablehnung des Amments Gaffron. Wenn man sich sagen muß, daß, wie die früheren Arbeiten zu einem Gesetz, wie das vorliegende, so auch die Vorarbeiten zu diesem verloren sein sollten, wird es sich ergeben, so kaum noch Raum den Nutzen haben wird, noch einmal sich der Lösung der Aufgabe zu unterziehen, und von welchen Folgen das sein werde, darauf ist es unzöglich, näher einzugehen.

Der Kriegsminister General v. Roon: Der Kriegsminister ist des Krieges und nicht des Friedens wegen da; bis vor einer halben Stunde habe ich nicht geglaubt, in der vorliegenden Frage in die Diskussion eintreten zu müssen. Nachdem aber von mehreren Seiten der Wunsch ausgedrückt worden ist, daß ich mich äußern möge, so halte ich es für meine Pflicht, diesen Verlangen nachzukommen. Es ist peinlich für mich, in einer Materie zu sprechen, die mir nicht intim ist; es ist mir peinlich, daß Wort ergreifen zu müssen, weil der Soldat nicht zum Verteidigen, sondern zum Handeln erzogen ist. Ich werde Sie daher nach Nachsicht bitten, wenn ich mich nicht mit der logischen Schärfe ausdrücke, wie Sie dies an den Rednern in diesem hohen Hause gewohnt sind. Es ist vielfältig auf den Zusammenhang und die Wechselwirkung der Grundsteuer-Vorlagen und der Vorlage, betreffend die Armeereorganisation, aufmerksam gemacht worden; ich darf hier unverortet lassen, ob dieser Zusammenhang wirklich besteht; früher war es möglich, die theoretische Frage so zu stellen, ob es möglich sei, die Mittel zur Armeereorganisation auch auf anderem Wege zu beschaffen, inzwischen liegt heute die Frage nicht mehr so, ob der Mehrbedarf befriedigt werden kann, sondern die ganze Neureorganisationsfrage ist in Frage gestellt, wenn die vorliegende Frage verneint wird. Für den Augenblick beruht die Annahme der Militärvorlage an einem andern Orte auf der annehmbaren Annahme des Grundsteuergesetzes. Ich bitte dringend darum, den §. 3 nach dem Regierungs- oder nach dem Kommissionsvorschlag mit dem Amment Gaffron anzunehmen. Ich erinnere mich mit großer Dankbarkeit der warmen Sympathie des Hauses bei Billigung der 9 Mill. Thlr. im vorigen Jahre, ich dank für diese Sympathien, die nicht mir, sondern der Armee gelten, ich bitte um dieser Sympathien willen, ich rechne selbst am heutigen Tage mit Bestimmtheit auf diese Sympathien. Viele von Ihnen gehören der Armee an, fast alle haben Beziehungen mit Mitgliedern der Armee, Alle ohne Ausnahme aber haben lebhafte Sympathien für das Wachsen und Gedeihen der Heereskraft, damit die Waffenstärke der Armee gesichert werde. Sie begreifen es, warum ich Ihnen mit warmen Worten aus dieser Rücksicht anempfehle. Ihre vielleicht wohlgebrüden Bedenken schwinden zu lassen und der Vorlage zugestimmen; die Wechselwirkung anzuerkennen. Was geschaffen ist, wird zu erhalten sein; durch die Mitwirkung des Landtages sind der Regierung die Mittel gegeben, um die Armee auf den gegenwärtigen Fuß zu setzen. Diese Maßregel ist in Kreisen, in denen Sie zu leben gewohnt sind, mit Freuden begrüßt worden, und Sie werden wollen, daß sie aufrecht erhalten bleiben, ich bitte Sie, die Kommissionsvorlage wiederherzustellen, ich bitte Sie, Ihre Sympathien für die Armee dadurch zu bekräftigen, daß die hohe Versammlung, deren unveränderten Fortbestand ich von ganzem Herzen wünsche, der Vorlage zustimmt. (Bravo!) — Dr. Senfft-Pilsach zieht in Folge dieser Erklärung seinen Antrag zurück. Die Diskussion ist geschlossen.

Der Berichterstatter Herr v. Kleist-Répov: Werden die Vorlagen angenommen, so wird die Folge davon sein, daß die Besteuerung des Grundbesitzes nur noch von der Staatsregierung abhängig ist. Bei den Verhandlungen in der Kommission hat sich ein großer Unterschied zwischen Abschätzungen und Einschätzungen herausgestellt, und sich gezeigt, daß die Ausführung des Gesetzes in die Hand des Finanzministers gelegt ist. Es ist bekannt, daß die Ländereien nur Ertrag geben nach dem hineingestellten Kapital und nach dem daraus verwendeten Arbeit, die Vorlage verlangt also Steuer vom Grundbesitz, vom Kapital und von der Arbeit. Auch stellt sie gleiche Besteuerung für die von der Natur begünstigte Länderei und für die dürfstige fest, und das ist nicht gerecht. Es sieht gerade so aus, als ob hier über die Militärvorlage selbst abgestimmt werden soll, das ist nicht der Fall und der Gedanke an letztere darf auf die Abstimmung keinen Einfluß ausüben. Man möge auch beherrschen, daß die Ausführung der vorliegenden Gesetze nach königlicher Verordnung ohne Befragung der Provinziallandtage erfolgen soll. Gleich mit der Erhebung der Steuer ist auch eine Revision der Ausführung notwendig, schon wegen so mancher möglicher Unfälle; über diese Revision ist nichts festgelegt, und wiederum hat nur die Regierung zu bestimmen ohne Anhörung der Provinziallandtage, und das wird zur allgemeinen Zufriedenstellung nicht beitragen. Jedermann empfiehlt sich der Antrag Gaffron. Der Kriegsminister kennt unsere Sympathien für die Armee wie für seine Person, aber in diesem Augenblick ist er Mitglied des Ministeriums; gerade mit dem Verwerfen der Vorlage wird die Armee gestärkt werden. Nimmt man die Vorlage ohne die Vorschläge der Kommission an, so wird das heißen: Geld! Geld! Geld! — Bei der Abstimmung wird das Amment Camphausen, vom 1. Januar 1865 ab, also das Hauptstreitobjekt mit 107 gegen 92 Stimmen angenommen und damit ist der Widerstand gebrochen. Für dasselbe stimmten u. a.: Alvensleben, Herzog v. Arenberg, Graf v. Dasselburg, Dr. Bauerband, Dr. Baumstark, Graf Bießel v. Gymnich, Brandt, v. Bernuth, Beyer, Prinz Biron, Blömer, Graf Blücher, Bornemann, Brandt, Brandis, v. Breiten, Brüggemann, v. Brünneck, Burscher, Cadinenbach, Camphausen (Berlin und Köln), v. Carnap, Fürst Engelhardt, Engels, Fürst Fürstenberg, Fabritius, v. Fahrten, v. Flemming, v. Franzenberg-Ludwigsdorf, Grimm, Groddeck, Hammers, Hasselbach, Fürst Hatzfeldt, Graf Hatzfeldt, Hering, Prinz Hohenlohe-Ingelfingen, Fürst Hohenlohe-Dehringen, Homeyer, Jaenigen, Graf Ippenich, Graf Keyserling (Neustadt und Neuenburg), Graf Kielmansegg, v. Köritz, Graf Königsmark, Frhr. v. Körff, Krausnick, Graf Krocock, Fürst Eichnowski, Mohring, Nelleßen, Nesselrode-Ehreshofen, Oldershausen, Onderey, Piper, Poelmann, Graf Pourtales, Graf Pückler, Gang, E. z. Putzig, v. Rabe, Fürst W. und B. Radziwill, Herzog v. Ratibor, Graf Redern, v. Reinersdorf-Paczensky, v. Reventlow, Rüchel, v. Rigal, Graf Ritterberg, v. Rochow, Rummel, Fürst Salm-Horstmar, Salm-Reifferscheid, Freiherr v. Sanden-Loufain, v. Scheiblin, v. Schulenburg-Emden, Graf Schwerin, Simons, zu Solms-Baruth, Fürst Solms-Hohensolms, Stubb, Tellkampf, Lehmann, v. Treiskow, v. Uedem, Voigt, v. Weichs, Graf York, Bahn, v. Zander, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, v. Zedlitz.

Schließlich bittet das Haus dringend, den in der Kommission gestellten prinzipiellen Anträgen nicht zuzustimmen, deren Annahme nur dahin führen kann, die Vorlage zweimal sterben zu lassen; überhaupt möge man alle Anträge ablehnen, welche von den Gegnern der Vorlagen ausgehen. — Herr v. Waldaaw-Steinböck hält es für anerkennenswerth, daß, um das Gesetz vor einem schnellen Ende zu bewahren, man sich bemüht, es durch Anträge zu verbessern. Da es jedenfalls bedenklich ist, für die Ausführung der Vorlagen einen Endtermin festzustellen, so ist das Amment des Herrn v. Gaffron um so mehr zu empfehlen, als es dem Minister erlaubt, schon vor dem 1. Januar 1865 das Gesetz zur Ausführung zu bringen, wenn bis dahin die Vorarbeiten beendet sind. Was die Gerechtigkeit der Vorlage betrifft, so ist es zwar ebenso gerecht, wenn man z. B. die Katheder nach Quadratfuß befreut; aber ungerecht bleibt sie doch, wenn sie ebenso vom armen Schulmeister wie vom Universitätsprofessor bezahlt werden soll, und gleichermaßen verhalte es sich mit der Besteuerung, welche nicht der Grundbesitz, sondern der Grundbesitzer bezahlt. — Thatächliche Berichtigungen machen die Herren Tellkampf und v. Waldaaw-Steinböck. — Herr Camphausen (Berlin) ist der Ansicht, daß es Aufgabe der Landesvertretung sei, die Grundsätze bei Aufstellung des Gesetzes zu prüfen, aber nachdem sie das gethan und die Steuern festgestellt hat, dann fällt die Ausführung des Gesetzes der Regierung zu und den Häusern stehen Anträge, die ins Einzelne gehen, nicht zu. Die Gründe, welche gegen die Anträge der Kommission sprechen, scheinen so bedeutend zu sein, daß zu hoffen ist, sie werden keine Annahme finden, und Gleiche ist auch in Betreff des Amments Gaffron zu hoffen, da die Regierung sonst nicht weiß, ob sie auf eine Einnahme nach diesem Gesetz zu rechnen hat. — Der Graf Königsmark: Die Grundsteuerfrage muß jetzt zum Abschluß kommen; wichtig ist allerdings die für die Ausführung

Kaiser habe schon seit 20 Jahren befohlen, ihnen die Frohdienste unentgeltlich zu erlassen; die Herren wollen dies aber nicht tun; sie würden daher noch etwas warten, bis es in der Welt werde anders werden. An anderen Orten sagten sie geradezu, daß sie den Adel abschlagen werden. Die Bauern in Monczyn waren mit Ungeduld auf die Rückkehr ihres Gutsbesitzers Franz Wenglewski aus Warschau. Sie haben sich verabredet, ihn erst gehörig durchzuprüfen und dann aufzuhängen. Als Grund ihres Hasses geben sie an, daß er nur deshalb in Warschau sitze, um den Kaiserlichen Uras in Betreff der Aufhebung der Frohdienste rückgängig zu machen. Vor einigen Tagen reiste ein Fremder durch Monczyn. Die Bauern hielten den Wagen sofort an und durchsuchten ihn. Als sie ihren Thron erkannten, entschuldigten sie sich damit, sie hätten gelaufen, es sei ihr Herr. Der Same blutiger That ist bereits ausgetreut; gebe nur Gott, daß er nicht aufgebe, denn es würde viel Blut fließen. Auch der unfehlige Bischof von Chelm hat einen Hirtenbrief zur Beruhigung der Bauern, als der Hirten vorliegen ergelesen wurde. Sie sagen: „Warum sprachen die Priester nicht so schön vor zwei Jahren, als die Herren uns so grausam bedrängten? Ein benachbarter Kreishauptmann hat ein Birkular an die Gutsbesitzer erlassen, in welchem es u. A. heißt: „Im Falle einer verbrecherischen Bewegung der Bauern, die Gott verbüten wolle, muß aller Brautwein in den Schänken sofort auf die Erde gegossen werden, damit das Volk wenigstens nüchtern bleibe, und die Gutsbesitzer müssen wachsam sein und fest zusammenhalten. Dann haben sie um so weniger Ursache sich zu fürchten, als ich mich bereit halten werde, auf die erste Verachtung sofort bevälfte Hilfe zu senden.“ Auch wird in diesem Birkular geraten, ein wachsame Augen auf die mit Waren haftenden Ungarn und andere mit östlichen Pässen im Lande sich herumtreibende Personen zu haben, und sobald sie den geringsten Verdacht der Aufweigelung erregen, sie sofort über die Grenze zu schaffen.“

Zofales und Provinzielles.

Posen, 6. Mai. [Witterung.] Es schien am vorigen Sonnabend, als wolle endlich der Frühling seine Rechte geltend machen. Um Mittag verschwanden allmählig die Wolken und gegen Abend war der ganze Himmel rein und klar geworden. Allein schon in der Nacht trat wieder starker Regen ein, der fast ohne Unterbrechung gestern den ganzen Tag und die Nacht auf heute in gewaltiger Stärke anhielt. Heute Morgen hat er zwar aufgehört, aber der Himmel war schwer bewölkt und die Temperatur nur wenig erhöht.

— [Unfall.] In der vergangenen Nacht ist hier innerhalb der Stadt, an der Wallstraße, ein mit Holz beladener Kahn gesunken, so daß nur noch der Schnabel und die Räute über das Wasser hervorragen. Man ist beschäftigt, denselben wieder flott zu machen, was hoffentlich gelingen wird. Die Ursache des Unfalls ist uns unbekannt.

S — [Fra Aldridge], der bekannte afrikanische Trägöde, wird in Verbindung mit der Gesellschaft des Herrn Theatern direktors Keller im hiesigen Stadttheater ein Paar Gastvorstellungen geben, und dieselben morgen mit „Othello“ beginnen. Der Künstler ist unsern Theaterfreunden hinlänglich bekannt und eine besondere Empfehlung dieses Gastspiels würde sonach unsererseits vollständig überflüssig sein. Jedenfalls ist das Wetter vollkommen angehauen, den Theaterbesuch zu begünstigen, und es läßt sich wohl annehmen, daß die Grinnerung an die früheren interessanten Leistungen des Guestes noch lebhaft genug ist, um auch diesmal für dieselben eine rege Theilnahme zu erwecken.

Neustadt b. P., 5. Mai. [Wölfe; Ablauf; Unglücksfall; Saaten.] In diesen Tagen wurde von einem Schäferjungen in der Wiese ein Wolf mit 9 jungen Wölfchen angetroffen. Er hielt sie für Hunde und sagte dem herrschaftlichen Schäfer davon. Als er zurückkam, um die jungen Hunde zu holen, war nur noch eins der Thiere da, da die Wölfin die übrigen bereits weggebracht hatte. Der Schäfer erkannte das Thier, zumal man schon vor Kurzem Spuren hatte, daß in der Wajowor Forst sich Wölfe aufhielten. Eine sofort angestellte große Jagd blieb erfolglos. — Vor gestern fand in der Wajowor Ablauf statt. Zu demselben waren 15 Geistliche anwesend und so viel Andächtige von nah und fern hatten sich eingefunden, daß die grämiige Kirche nicht ausreichte. Die deutsche Predigt hielt der hiesige Bischof Grzejszowik und die polnische der Probst aus Lubow. Nachmittags fand Prozession von der Kreuzkirche nach der Pfarrkirche, wohin die heiligen Bilder ic. gebracht wurden, statt. — In dieser Woche k

HOTEL DE BERLIN. Die Rentiers v. Knobelsdorff aus Allenstadt und Weidner aus Lissa, die Kaufleute Bitterlich aus Georgswalde, Boas aus Görlitz, Olsendorff aus Rawicz und Goldenring aus Wreschen, Bauführer Bordemann aus Bentschen, Major im 12. Infanterie-Regiment v. Colom aus Schrimm, Agronom Urbanski aus Strelno, Königlicher Oberförster Stahr aus Eichstelle, die Gutsb. Mack aus Karlshof und Scheller aus Maniewo, Frau Gutsbesitzer v. Klobukowska und Gräulein

v. Sokołowska aus Warschau, Domänenpächter Pilaski aus Strumiany, Gutspächter v. Kłodzko aus Chwakowo, Rentier v. Clausen aus Lissa, die Dekonomen Lehmann aus Garby und Ehrenberg aus Nisleben.

HOTEL DE PARIS. Gutsb. v. Budziszewski aus Czachorowo, die Agronomen Sniegocki aus Kunowo und Sniegocki aus Kierowo, die Gutsverwalter Fejtroski aus Murzynowo Kościelne und Bokowski aus Uniślawa.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutsb. v. Kallmann aus Oberclessien,

Stadtrath Wilms aus Stargard, Kammergerichts-Rreferendar Wilms Bankier Wolff und die Kaufleute Pachmann und Schubert aus Berlin, Manskopp-Behrens aus Frankfurt a. M., Ziegler aus Stettin und Buchholz aus Frankfurt a. O.

EICHENER BORN. Kaufmann Löwenberg aus Breslau.

KRUG'S HOTEL. Kaufmann Lichauer aus Breslau und Schaufelsfabrikant Mac aus Gräp.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die von den Interessenten einzuzählenden halbjährigen Pfandbriefzinsen pro Johannit d. 3. werden vom 12. bis inkl. 30. Juni c. täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in der Provinzial-Landschaftskasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr abgenommen werden. Die Zahlung geschieht nach §. 236 der Kreditordnung in Kurant oder in Kupons, welche in demselben Termine fällig werden.

Die Zinsauszahlung an die Interessenten beginnt mit dem 2. Juli und dauert bis zum 16. Juli c. Nach dem Schluß des Zinsabzugsstermins am 16. Juli, so wie bei dem Agenten am 16. August wird unter Kasse denselben meldenden Interessenten die Valuta für die Pfandbriefkupons in der Zeit vom 20. August bis zum 28. November ohne besondere Mandate, jedoch immer nur am 5. und 20. jeden Monats in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags auszahlen, wenn die benannten Termine auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, die Geschäfte am nächstfolgenden Wochenende erledigen. Die Kupons-Präsentanten sind gehalten, eine von ihnen vollzogene Nachweisung beizufügen, mit Benennung des Guts, der Nummer des Betrages und des Zahlungstermins der Kupons, und zwar nicht bloß in dem erwähnten Termine, aber auch nach demselben einzureihen, währendfalls die Kupons auf ihre Gefahr und Kosten zurückgegeben resp. remittirt werden.

Die Präsentanten der Kupons empfangen die neuen Kuponsbogen gegen eine von ihnen vollzogene Nachweisung, welche die Nummer, das Gut und den Betrag enthalten muß, vom 18. Juli bis zum 18. Oktober c. exklusiv in der Kasse, später müssen sie ihre Anträge bei der Direktion formiren.

Hiebei wird bemerkt, daß die Provinzial-Landschaftskasse während der Dauer des Zinsabzugs- und Auszahlungstermins Gelder in den Nachmittagsstunden nicht annimmt.

Wer daher die Pfandbriefzinsen bis zum 30. Juni c. 12 Uhr Mittags nicht einzahlt, sowie wessen Gelder von der Post bis zu diesem Tage nicht eingehen, ist zur Entrichtung der regelmäßigen Verzugszinsen verpflichtet.

Schließlich wird bemerkt, daß diejenigen, welche die Zahlung bis auf die letzten Tage verschieben, leicht in die Lage kommen können, in dem Kassenlokal des Andranges der Geschäfte wegen, lange warten zu müssen, was durch frühere Zahlung der Zinsen, namentlich in sortirtem Gelde oder in grösseren Kassenanweisungen, vermieden werden kann.

Posen, den 2. Mai 1861.
Provinzial-Landschaftskassendirektion.

Bekanntmachung.

Das im Laufe des Jahres 1861 im hiesigen Garnisonlazaret unbrauchbar gewordene Lagerstroh und das auf dem Territorium desselben zu gewinnende Gras werden am

Mittwoch den 8. d. Mts. Vormittags

10 Uhr

so wie die bereits gewonnenen, resp. noch zu gewinnenden Knochen

an demselben Tage Vormittags 11 Uhr in unserem Geschäftsklokal, auf Grund der täglich daselbst einzuhaltenden Bedingungen, öffentlich meistbietend verkauft werden, wozu Kaufstüfige hiermit eingeladen werden.

Posen, den 4. Mai 1861.
Königl. Garnison-Bazaretkommission.

Öffentliches Aufgebot.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 5. Juni 1860.

Die unbekannten Erben und Erbnehmer nachstehender Personen:

1. Des zu Posen am 10. Dezember 1832 verstorbenen Kammerherrn Johann Nepomucen von Małkowski — Nachlaß 15,912 Thlr.

2. Der zu Posen am 21. März 1859 verstorbenen Marie Fliege geb. Borchardt — Nachlaß 300 Thlr.

3. Des zu Jerzyce am 25. Dezember 1854 verstorbenen Häusers Daniel Wiesiewski und seiner vor ihm jedoch gleichfalls am 25. Dezember 1854 verstorbenen Ehefrau Josepha geb. Jakubowska — Nachlaß 254 Thlr. 16 Sgr. 2 Pf.

4. Des am 6. März 1856 zu Posen verstorbenen Hausmeis. Johann Nowakowski — Nachlaß 120 Thlr.

5. Des am 13. Dezember 1857 geborenen und am 2. Februar 1858 verstorbenen Johann Friedrich Krug, unehelichen Kindes der verstorbenen Johanne Pauline Caroline Krug — Nachlaß ca. 100 Thlr.

6. Des am 29. August 1848 zu Jerzyce verstorbenen Witwe Therese Palacz geb. Busche — Nachlaß ist seiner Höhe nach nicht ersichtlich.

7. Der am 15. November 1853 zu Posen verstorbenen Witwe Marianna Feld geb. Weiss, auch Felsch und Hoffmann genannt, Nachlaß 68 Thlr. 21 Sgr. 11 Pf.

8. Des verstorbenen Michael Baruszewski Nachlaß 18 Thlr. 21 Sgr.

werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem am

25. Juni 1861 Vormittags 9 Uhr vor dem Herrn Kreisgerichtsrath Ribbentrop in unserem Instruktionszimmer anzustellen. Ermine entweder schriftlich oder persönlich zu melden, währendfalls sie präklubt und der Nachlaß den sich meldenden Erben oder in Erwähnung solcher dem Fiskus zugesprochen und zur freien Verwaltung ausgeantwortet werden wird.

Die von den Interessenten einzuzählenden halbjährigen Pfandbriefzinsen pro Johannit d. 3. werden vom 12. bis inkl. 30. Juni c. täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in der Provinzial-Landschaftskasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr abgenommen werden. Die Zahlung geschieht nach §. 236 der Kreditordnung in Kurant oder in Kupons, welche in demselben Termine fällig werden.

Die Zinsauszahlung an die Interessenten beginnt mit dem 2. Juli und dauert bis zum 16. Juli c. Nach dem Schluß des Zinsabzugsstermins am 16. Juli, so wie bei dem Agenten am 16. August wird unter Kasse den sich meldenden Interessenten die Valuta für die Pfandbriefkupons in der Zeit vom 20. August bis zum 28. November ohne besondere Mandate, jedoch immer nur am 5. und 20. jeden Monats in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags auszahlen, wenn die benannten Termine auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, die Geschäfte am nächstfolgenden Wochenende erledigen. Die Kupons-Präsentanten sind gehalten, eine von ihnen vollzogene Nachweisung beizufügen, mit Benennung des Guts, der Nummer des Betrages und des Zahlungstermins der Kupons, und zwar nicht bloß in dem erwähnten Termine, aber auch nach demselben einzureihen, währendfalls die Kupons auf ihre Gefahr und Kosten zurückgegeben resp. remittirt werden.

Die Präsentanten der Kupons empfangen die neuen Kuponsbogen gegen eine von ihnen vollzogene Nachweisung, welche die Nummer, das Gut und den Betrag enthalten muß, vom 18. Juli bis zum 18. Oktober c. exklusiv in der Kasse, später müssen sie ihre Anträge bei der Direktion formiren.

Hiebei wird bemerkt, daß die Provinzial-Landschaftskasse während der Dauer des Zinsabzugs- und Auszahlungstermins Gelder in den Nachmittagsstunden nicht annimmt.

Wer daher die Pfandbriefzinsen bis zum 30. Juni c. 12 Uhr Mittags nicht einzahlt, sowie wessen Gelder von der Post bis zu diesem Tage nicht eingehen, ist zur Entrichtung der regelmäßigen Verzugszinsen verpflichtet.

Schließlich wird bemerkt, daß diejenigen, welche die Zahlung bis auf die letzten Tage verschieben, leicht in die Lage kommen können, in dem Kassenlokal des Andranges der Geschäfte wegen, lange warten zu müssen, was durch frühere Zahlung der Zinsen, namentlich in sortirtem Gelde oder in grösseren Kassenanweisungen, vermieden werden kann.

Posen, den 4. Mai 1861.
Provinzial-Landschaftskassendirektion.

Yll.

Die von den Interessenten einzuzählenden halbjährigen Pfandbriefzinsen pro Johannit d. 3. werden vom 12. bis inkl. 30. Juni c. täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in der Provinzial-Landschaftskasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr abgenommen werden. Die Zahlung geschieht nach §. 236 der Kreditordnung in Kurant oder in Kupons, welche in demselben Termine fällig werden.

Die Zinsauszahlung an die Interessenten beginnt mit dem 2. Juli und dauert bis zum 16. Juli c. Nach dem Schluß des Zinsabzugsstermins am 16. Juli, so wie bei dem Agenten am 16. August wird unter Kasse den sich meldenden Interessenten die Valuta für die Pfandbriefkupons in der Zeit vom 20. August bis zum 28. November ohne besondere Mandate, jedoch immer nur am 5. und 20. jeden Monats in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags auszahlen, wenn die benannten Termine auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, die Geschäfte am nächstfolgenden Wochenende erledigen. Die Kupons-Präsentanten sind gehalten, eine von ihnen vollzogene Nachweisung beizufügen, mit Benennung des Guts, der Nummer des Betrages und des Zahlungstermins der Kupons, und zwar nicht bloß in dem erwähnten Termine, aber auch nach demselben einzereihen, währendfalls die Kupons auf ihre Gefahr und Kosten zurückgegeben resp. remittirt werden.

Die Präsentanten der Kupons empfangen die neuen Kuponsbogen gegen eine von ihnen vollzogene Nachweisung, welche die Nummer, das Gut und den Betrag enthalten muß, vom 18. Juli bis zum 18. Oktober c. exklusiv in der Kasse, später müssen sie ihre Anträge bei der Direktion formiren.

Hiebei wird bemerkt, daß die Provinzial-Landschaftskasse während der Dauer des Zinsabzugs- und Auszahlungstermins Gelder in den Nachmittagsstunden nicht annimmt.

Wer daher die Pfandbriefzinsen bis zum 30. Juni c. 12 Uhr Mittags nicht einzahlt, sowie wessen Gelder von der Post bis zu diesem Tage nicht eingehen, ist zur Entrichtung der regelmäßigen Verzugszinsen verpflichtet.

Schließlich wird bemerkt, daß diejenigen, welche die Zahlung bis auf die letzten Tage verschieben, leicht in die Lage kommen können, in dem Kassenlokal des Andranges der Geschäfte wegen, lange warten zu müssen, was durch frühere Zahlung der Zinsen, namentlich in sortirtem Gelde oder in grösseren Kassenanweisungen, vermieden werden kann.

Posen, den 4. Mai 1861.
Provinzial-Landschaftskassendirektion.

Yll.

Die von den Interessenten einzuzählenden halbjährigen Pfandbriefzinsen pro Johannit d. 3. werden vom 12. bis inkl. 30. Juni c. täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in der Provinzial-Landschaftskasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr abgenommen werden. Die Zahlung geschieht nach §. 236 der Kreditordnung in Kurant oder in Kupons, welche in demselben Termine fällig werden.

Die Zinsauszahlung an die Interessenten beginnt mit dem 2. Juli und dauert bis zum 16. Juli c. Nach dem Schluß des Zinsabzugsstermins am 16. Juli, so wie bei dem Agenten am 16. August wird unter Kasse den sich meldenden Interessenten die Valuta für die Pfandbriefkupons in der Zeit vom 20. August bis zum 28. November ohne besondere Mandate, jedoch immer nur am 5. und 20. jeden Monats in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags auszahlen, wenn die benannten Termine auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, die Geschäfte am nächstfolgenden Wochenende erledigen. Die Kupons-Präsentanten sind gehalten, eine von ihnen vollzogene Nachweisung beizufügen, mit Benennung des Guts, der Nummer des Betrages und des Zahlungstermins der Kupons, und zwar nicht bloß in dem erwähnten Termine, aber auch nach demselben einzereihen, währendfalls die Kupons auf ihre Gefahr und Kosten zurückgegeben resp. remittirt werden.

Die Präsentanten der Kupons empfangen die neuen Kuponsbogen gegen eine von ihnen vollzogene Nachweisung, welche die Nummer, das Gut und den Betrag enthalten muß, vom 18. Juli bis zum 18. Oktober c. exklusiv in der Kasse, später müssen sie ihre Anträge bei der Direktion formiren.

Hiebei wird bemerkt, daß die Provinzial-Landschaftskasse während der Dauer des Zinsabzugs- und Auszahlungstermins Gelder in den Nachmittagsstunden nicht annimmt.

Wer daher die Pfandbriefzinsen bis zum 30. Juni c. 12 Uhr Mittags nicht einzahlt, sowie wessen Gelder von der Post bis zu diesem Tage nicht eingehen, ist zur Entrichtung der regelmäßigen Verzugszinsen verpflichtet.

Schließlich wird bemerkt, daß diejenigen, welche die Zahlung bis auf die letzten Tage verschieben, leicht in die Lage kommen können, in dem Kassenlokal des Andranges der Geschäfte wegen, lange warten zu müssen, was durch frühere Zahlung der Zinsen, namentlich in sortirtem Gelde oder in grösseren Kassenanweisungen, vermieden werden kann.

Posen, den 4. Mai 1861.
Provinzial-Landschaftskassendirektion.

Yll.

Die von den Interessenten einzuzählenden halbjährigen Pfandbriefzinsen pro Johannit d. 3. werden vom 12. bis inkl. 30. Juni c. täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in der Provinzial-Landschaftskasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr abgenommen werden. Die Zahlung geschieht nach §. 236 der Kreditordnung in Kurant oder in Kupons, welche in demselben Termine fällig werden.

Die Zinsauszahlung an die Interessenten beginnt mit dem 2. Juli und dauert bis zum 16. Juli c. Nach dem Schluß des Zinsabzugsstermins am 16. Juli, so wie bei dem Agenten am 16. August wird unter Kasse den sich meldenden Interessenten die Valuta für die Pfandbriefkupons in der Zeit vom 20. August bis zum 28. November ohne besondere Mandate, jedoch immer nur am 5. und 20. jeden Monats in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags auszahlen, wenn die benannten Termine auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, die Geschäfte am nächstfolgenden Wochenende erledigen. Die Kupons-Präsentanten sind gehalten, eine von ihnen vollzogene Nachweisung beizufügen, mit Benennung des Guts, der Nummer des Betrages und des Zahlungstermins der Kupons, und zwar nicht bloß in dem erwähnten Termine, aber auch nach demselben einzereihen, währendfalls die Kupons auf ihre Gefahr und Kosten zurückgegeben resp. remittirt werden.

Die Präsentanten der Kupons empfangen die neuen Kuponsbogen gegen eine von ihnen vollzogene Nachweisung, welche die Nummer, das Gut und den Betrag enthalten muß, vom 18. Juli bis zum 18. Oktober c. exklusiv in der Kasse, später müssen sie ihre Anträge bei der Direktion formiren.

Hiebei wird bemerkt, daß die Provinzial-Landschaftskasse während der Dauer des Zinsabzugs- und Auszahlungstermins Gelder in den Nachmittagsstunden nicht annimmt.

Wer daher die Pfandbriefzinsen bis zum 30. Juni c. 12 Uhr Mittags nicht einzahlt, sowie wessen Gelder von der Post bis zu diesem Tage nicht eingehen, ist zur Entrichtung der regelmäßigen Verzugszinsen verpflichtet.

Schließlich wird bemerkt, daß diejenigen, welche die Zahlung bis auf die letzten Tage verschieben, leicht in die Lage kommen können, in dem Kassenlokal des Andranges der Geschäfte wegen, lange warten zu müssen, was durch frühere Zahlung der Zinsen, namentlich in sortirtem Gelde oder in grösseren Kassenanweisungen, vermieden werden kann.

Posen, den 4. Mai 1861.
Provinzial-Landschaftskassendirektion.

Yll.

Die von den Interessenten einzuzählenden halbjährigen Pfandbriefzinsen pro Johannit d. 3. werden vom 12. bis inkl. 30. Juni c. täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, in der Provinzial-Landschaftskasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr abgenommen werden. Die Zahlung geschieht nach §. 236 der Kreditordnung in Kurant oder in Kupons, welche in demselben Termine fällig werden.

Die Zinsauszahlung an die Interessenten beginnt mit dem 2. Juli und dauert bis zum 16. Juli c. Nach dem Schluß des Zinsabzugsstermins am 16. Juli, so wie bei dem Agenten am 16. August wird unter Kasse den sich meldenden Interessenten die Valuta für die Pfandbriefkupons in der Zeit vom 20. August bis zum 28. November ohne besondere Mandate, jedoch immer nur am 5. und 20. jeden Monats in den Stunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags auszahlen, wenn die benannten Termine auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, die Geschäfte am nächstfolgenden Wochenende erledigen. Die Kupons-Präsentanten sind gehalten, eine von ihnen vollzogene Nachweisung beizufügen, mit Benennung des Guts, der Nummer des Betrages und des Zahlungstermins der Kupons, und zwar nicht bloß in dem erwähnten Termine, aber auch nach demselben einzereihen, währendfalls die Kupons auf ihre Gefahr und Kosten zurückgegeben resp. remittirt werden.

Die Präsentanten der Kupons empfangen die neuen Kuponsbogen gegen eine von ihnen vollzogene Nachweisung, welche die Nummer, das Gut und den Betrag enthalten muß, vom 18. Juli bis zum 18.

